

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 10, November 2017 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ** Graz - Gemeinderatsklub

Wohnen ist zu teuer Grazer Mietzinszahlung hilft

Seite 4-5

Das Eichhörnchen sucht noch ein paar Nüsse zusammen, bevor es in den wohlverdienten Winterschlaf geht.

Das Grazer Stadtblatt wünscht eine geruhsame Weihnachtszeit!



40 Meter tief soll unter der Mariensäule am Eisernen Tor gebohrt werden um Autos zu parken.

Unterstützen Sie bitte unsere Online-Petition <http://bit.ly/2w8berf>

Lesen Sie Seite 6 und 7



Wohnen macht arm

Petition an den Nationalrat für Mietzinsobergrenzen
Flugblätter und Unterschriftenlisten bei der KPÖ Graz, Tel. 0316 / 71 24 79



JA

Volksbefragung zu **Alt-Grottenhof**

Am 14. Jänner entscheidet **Wetzelsdorf**

Lesen Sie Seite 2 und 3

ZITIERT - Eine Chronologie...

„Die Landwirtschaftsschulen Haidegg, St. Martin und Alt-Grottenhof sind ja Oasen in der Stadt. Das wollen wir ein für allemal außer Streit stellen.“

Das sagte Bürgermeister Nagl nach der Umwidmung der Flächen in Ackerland im Jahr 2007. Kleine Zeitung, 07. Juni 2007

„(...) die Sportstätte des LUV in der Grottenhofstraße in Harmonie mit den Anrainern steht und akzeptiert ist. Jede Neuausrichtung auf einem neuen Grundstück würde allenfalls zu Protesten führen.“

Bürgermeister Nagl skeptisch über eine Sportanlage in Alt-Grottenhof. Antwort im Gemeinderat auf Dringlichen Antrag, 27. Februar 2012

„Es wird an ein Ballsportzentrum gedacht, für die kleinen Bälle bis zum Fußball hin, vom Billard über Tischtennis, von Squash, Badminton bis zu Tennishallen, mit Gastronomie. (...) Wenn man dort dann vielleicht noch einen sozialen Wohnbau auch noch unterbringen könnte (sic!).“

Bürgermeister Nagl in der Gemeinderatsitzung am 11. Mai 2017

„Graz wird weiter Wohnraum schaffen müssen.“

LR Seitinger über Alt-Grottenhof. Der Grazer, 24. September 2017

„Ein Sportplatz ist keine Verbauung! Ganz einfach, weil ein Fußballplatz keine Verbauung darstellt. Die KPÖ suggeriert „Hohensinner/Nagl sprechen sich für den Verbau der Fläche aus...“ eine Grünflächenverbauung! Das ist falsch und letztklassig.“

ÖVP-Stadtrat Hohensinner hat seine eigene, eher dubiose Ansicht, was Verbau von Flächen ist und was nicht.

„Die Anbaufläche macht schon 23% aus, zwei weitere (Anm.: Prozente) sollten bis zum Jahr 2020 drin sein.“

LR Seitinger fordert mehr Bio-Agrarflächen in der Steiermark. Die Bio-Agrarflächen von Alt-Grottenhof sollen aber verkauft werden? Kronen Zeitung, 28. September 2017

„Von Verkauf und Bebauung der fünf Hektar großen Grünfläche wurde geschrieben und (...) Unterschriften für etwas gesammelt, was weder zur Diskussion steht noch der Realität entspricht.“

Gemeinderat Schwindsackl im ÖVP-Blatt „Bezirkstrommler“. 03. Oktober 2017, Seite 6

„Gleichzeitig möchte ich als Bürgermeister die besagten Flächen in Grünland mit Sondernutzung Sport umwidmen.“

Bürgermeister Nagl widerspricht eine Seite weiter im ÖVP-„Bezirkstrommler“ Gemeinderat Schwindsackl. 03. Oktober 2017, Seite 7

„Eine Umwidmung war nie geplant.“

Bürgermeister Nagl. Kronen Zeitung, 19. Oktober 2017

KLEIN, aber MIT BISS



Man nehme vier
ÖVP-Politiker und erhält...

...neun verschiedene
Meinungen.
(siehe Zitate oben)

Alt-Grottenhof: Am 14. Jänner entscheidet Jetzt kommt die

Nur ein klares Ergebnis bei der Volksbefragung schützt vor Verkauf und Verbauung der wertvollen Flächen von Alt-Grottenhof.

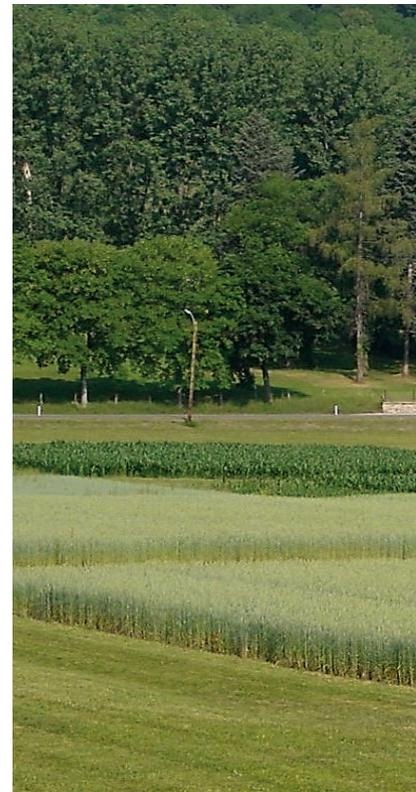
Der Wille der Bevölkerung scheint dem Bürgermeister und der ÖVP egal zu sein – aus diesem Grund hat die KPÖ hunderte Unterschriften für die Durchführung einer Volksbefragung gesammelt. Diese wird nun am 14. Jänner im Bezirk Wetzelsdorf durchgeführt.

Der zuständige Landesrat Seitinger möchte, dass die Bio-Ackerflächen für großräumigen Siedlungsbau teuer verkauft werden. Bürgermeister Nagl ist kürzlich etwas zurückgerudert: Er hat sich für ein Multi-Ballsportzentrum mit Fußballplatz, Tennishallen, Gastronomie sowie – „wenn es sich ausgeht“ – Wohnbau stark gemacht. „Man muss auf der Hut sein. Schon mehrmals ist Bürgermeister Nagl in der Vergangenheit umgeschwenkt, wenn es um eine Nutzungsänderung dieser Flächen gegangen ist. Deswegen ist ein klares Votum bei der Volksbefragung nötig, um den Bürgermeister endgültig zu überzeugen“, sagt Stadträtin Elke Kahr (siehe Zitate links).

„Ein Ballsportzentrum ist ebenso verlorener Bio-Ackerboden“, erklärt Dr. Rainer Hauer, Sohn des ehemaligen Direktors der Schule, Ekkehard Hauer. Gerade in einem Gebiet, wo Grünflächen immer weniger werden und die Bezirke im Verkehr regelrecht ersticken, ist eine Ackerfläche ein Juwel, das der Bevölkerung erhalten bleiben muss.

Starker Zuzug in Wetzelsdorf und Straßgang

In den letzten sechs Jahren hat es in den Bezirken Wetzelsdorf, Straßgang und Eggenberg einen Bevölkerungsanstieg von über 6.000 Menschen gegeben – Straßgang



Durch den Verkauf der Flächen
Landwirtschaftliche Fachschule

selbst verzeichnet einen Zuwachs von 16,4% Prozent. „Das ist der Grund, warum wir uns gegen jede weitere Verbauung ohne ausreichend realisiertes Verkehrskonzept in diesen Bezirken aussprechen“, sieht Elke Kahr den Plafond an Verbauungen im Süd-Westen von Graz erreicht.

Der Plan, dass der LUV auf die besagten Flächen übersiedelt und der jetzige LUV-Platz einer Wohnsiedlung Platz machen soll, ist aus Sicht der KPÖ abzulehnen. Der Vorstoß von Stadtrat Hohensinner, den bisherigen LUV-Platz zu modernisieren, ist begrüßenswert. Der LUV und dessen Zukunft liegt auch der KPÖ am Herzen. Im Jahr 2011 hat die KPÖ einen Dringlichen Antrag im Gemeinderat gestellt und hätte damals einer Umsiedlung auf die besagten Flächen unter der Bedingung, dass die LFS Grottenhof gleichwertige Ersatzflächen zur Verfügung gestellt bekommen hätte, noch zugestimmt. Doch durch die massiven

Wetzelsdorf Volksbefragung



(Foto LFS Alt-Grottenhof)

würde die Bevölkerung ein Naturjuwel und die Alt-Grottenhof ein Fünftel ihrer Bio-Agrarflächen verlieren.

Bauvorhaben der letzten Jahre kann der Bevölkerung von Wetzelsdorf keine zusätzliche Verbauung mehr zugemutet werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass ausgerechnet Bürgermeister Nagl den damaligen Antrag skeptisch beantwortete. Damals meinte er, ein neuer LUV-Platz in Alt-Grottenhof wäre mit „nicht realisierbaren Varianten der Vermeidung von Lärm- und Lichtbelastigung“ verbunden.

Außer Streit

Noch früher, im Jahr 2007, hat sich Bürgermeister Nagl über die Umwidmung der Flächen in Ackerland gefreut und versprochen, dass „die Oasen in der Stadt“ bleiben. Zuvor hatte er sich jahrelang für ein Sturm-Trainingszentrum (2001) und ein Tenniszentrum „Musterland“ (2005) stark gemacht.

Das Volk ist am Zug

Doch mit der Volksbefragung am 14. Jänner, durchgesetzt mit

einen Begehren nach dem Volksrechtesgesetz, ist jetzt die Bevölkerung am Zug.

Liebe Wetzelsdorferin, lieber Wetzelsdorfer! Bitte gehen sie am 14. Jänner zur Abstimmung und stimmen Sie mit JA für Grünraum und die Landwirtschaftliche Fachschule.



MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Für leistbare Öffis!

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

U nser jahrelanger Einsatz hat sich gelohnt: Seit 2015 fördert die Stadt Graz die Öffi-Jahreskarte mit 175 Euro. Das ermöglicht einen Preis von 247 Euro pro Jahreskarte. 107.000 Stück wurden seither verkauft! Auch heuer gibt es wieder ein Plus von 3,2 Prozent. Günstige Öffi-Preise motivieren zum Umstieg vom Auto auf Bus oder Bim.

Noch gehören einige Lücken im Tarifsystem geschlossen. So zum Beispiel, dass auch die Auspendler in den Genuss dieses Zuschusses kommen, dass die Sozialcard Mobilität die Kindermitnahme einschließt und auch noch nicht schulpflichtige Kinder, die das 6. Lebensjahr vollendet haben, gratis fahren dürfen. Diese Punkte werden gerade verhandelt, wobei auch der Wunsch der Pensionisten, Tages- und Stundenkarten auch ohne ÖBB Vorteils card Senior vergünstigt zu bekommen, mehr als berechtigt ist.

Die Stadt gibt jährlich 60 Millionen Euro für ihre öffentlichen Verkehrsmittel aus. Investitionen in den öffentlichen Verkehr sind für eine funktionierende Mobilität in Graz alternativlos. Nur sie verhindern, dass es zu noch mehr Verkehrsinfarkten, Staus und letztendlich Auswirkungen auf unsere Gesundheit kommt.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

JA
Volksbefragung
zu **Alt-Grottenhof**
Am 14. Jänner entscheidet
Wetzelsdorf

AUS DEM INHALT

Wohnen macht arm	4/5
Tiefgarage	6/7
Mobilität in Graz	8/9
Pflege in Graz	10/11
Aus dem Gemeinderat und den Grazer Stadtbezirken	13-15
Der Smart Meter kommt	16
Nach der Wahl nix mehr sozial	18
Beamtin versetzt	19
Traditionsbetrieb Bäckerei Brandl	20
Der Stumpf ist weg	21
Paradiese für Reiche	23
Impressum	24
Tierecke, Rätsel	27

§§ RECHT GEFRAGT §§



Verbotene Abzocke: Kosten für den Mietvertrag

Überhöhte Mieten, unkorrekte Betriebskostenabrechnungen, Provisionen, die erst gar nicht hätten verlangt werden dürfen, ... Die Liste an Möglichkeiten, Mieterinnen und Mieter abzuzocken, ist lang.

Dazu zählen auch jene Beträge, die neuen Mietern für den Mietvertrag in Rechnung gestellt werden. Diese „Vertragserrichtungskosten“ (nicht zu verwechseln mit der Vergebüh- rung des Mietvertrages an das Finanzamt) oder „Kosten für den Mietvertrag“ dürfen allerdings nur in bestimmten Fällen kassiert werden. Im Vollenwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes, das betrifft Wohnungen in **Altbauten oder geförderten Neubauten**, dürfen Vertragserrichtungskosten den Mieterinnen und Mietern **NICHT** vorgeschrieben werden. Das weiß man in den Immobilienbüros natürlich. Dennoch gibt es unter ihnen immer wieder schwarze Schafe, die diese Kosten trotzdem kassieren. Oft finden sich in entsprechenden Rechnungen auch Kosten für besondere Aufwendungen etc. die ebenfalls nicht rechters sind.

Rückforderung ist drei Jahre möglich – Prüfung zahlt sich aus

Diese zu Unrecht bezahlten Beträge können zurückgefordert werden. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, in den letzten drei



Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte im Büro
von Stadträtin Elke Kahr

Jahren eine Wohnung in einem Altbau oder geförderten Neubau angemietet haben, prüfen Sie Ihre Rechnungen. Sollten oben genannte Kosten darunter sein, zögern Sie nicht, die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch zu nehmen. Unser Büro steht Ihnen für Fragen rund um dieses Thema gerne zur Verfügung.

Sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, Fragen zu diesem Thema haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr im Rathaus – Tel. 0316/872-2064 oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4 Tel. 0316/872-5450.

Mieter-Notruf

mit Stadträtin Elke Kahr

Tel. **0316 71 71 08**

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Elke Kahr. KPÖ

Wohnen darf nicht 20 Jahre Mietzinszahlung

Schon vor 20 Jahren war Wohnen für viele kaum erschwinglich. Steigende Wohnkosten machten teilweise auch nicht vor Gemeindewohnungen halt. Hier wurde die Grazer KPÖ aktiv.

17.135 Personen unterstützten 1996 das Volksbegehren mit dem Titel „Wohnen macht arm“. Es gab den Ausschlag für die Einführung der Mietzinszahlung.

Am Anfang stand der Hilferuf einer Mieterin aus einer Gemeindewohnung. Die Miete war zu teuer geworden. Mehr als die Hälfte ihres Einkommens musste sie in dem Wohnhaus mit Einweisungsrecht der Stadt Graz fürs Wohnen ausgeben. „Mit Sozialwohnungen hat das nichts mehr zu tun“, stellte damals KPÖ-Gemeinderat Ernest Kaltenegger fest. Mit einem Dringlichkeitsantrag verlangten er und Elke Kahr eine Belastungsobergrenze für Sozialwohnungen. Doch der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgeschmettert.

Nicht mehr als ein Drittel fürs Wohnen

Als Antwort auf diese Ignoranz der Großparteien starteten Kaltenegger und Kahr gemeinsam mit betroffenen Mietern das Grazer Wohnungsvolksbegehren mit dem Titel „Wohnen macht arm“. Ziel: Nicht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens sollten

Mieter von Sozialwohnungen fürs Wohnen ausgeben müssen.

Anni Grünauer, eine der Betroffenen, die damals am KPÖ-Infostand tausende Unterschriften gesammelt hat, erinnert sich: „Wir haben jeden Tag gesammelt, Vormittag und Nachmittag, bei jedem Wetter. Einmal mussten wir sogar Schnee schaufeln, um unseren Infostand vor der GKK aufstellen zu können.“ Die Resonanz war gewaltig. „Immer mehr Leute sind gekommen und haben unterschrieben“, so Grünauer. Binnen sechs Monaten wurden tausende Unterschriften gesammelt.

Mauer ums Rathaus

Im Dezember 1996 konnte die KPÖ schließlich 17.135 Unterschriften an den Bürgermeister übergeben, doch am Ziel war man damit noch lange nicht. Die Stadtregierung zierte sich und wollte das Anliegen nicht im Gemeinderat behandeln. „Wir mussten uns etwas überlegen. Schließlich haben wir begonnen, das Rathaus mit

Vergleich Mietzinszahlung alt und neu

Die Mietzinszahlung wird 2017 einer Kürzung unterzogen. Durch die Miteinberechnung der Familienbeihilfe in das Einkommen wird die Mietzinszahlung für Familien mit Kindern geringer ausfallen. Beispiele von künftig betroffenen Mieterinnen und Mietern, die in der Beratung von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr waren:

Beispiel 1: 2 Erwachsene, 3 Kinder (15, 12 und 5 Jahre)
Wohnung: 69m², 782,00 (Miete, BK, Heizung)
Mietzinszahlung ALT: 248,00
Mietzinszahlung NEU: 65,71

Beispiel 2: 2 Erwachsene, 2 Kinder
Wohnung: 705,00 (Miete, BK, Heizung)
Mietzinszahlung ALT: 149,85
Mietzinszahlung NEU: 30,98

cht arm machen!

in Graz



1996: Mehr als 17.000 Unterschriften konnte Ernest Kaltenegger überreichen.

künstlichen Mauerelementen zu umzäunen“, erinnert sich Ernest Kaltenegger. „Mit jeder Gemeinderatssitzung, in der das Thema nicht behandelt wurde, ist die symbolische Mauer vor dem Rathaus um drei Meter gewachsen.“

Endlich, ein Jahr und acht Gemeinderatssitzungen später, als die Mauer schon 24 Meter lang war, gab die Stadtregierung nach. Das Thema wurde auf die Gemeinderatstagesordnung gesetzt. Am 2. Oktober 1997 wurde die Einführung der Mietzinszuschlagung für Mieter von Sozialwohnungen beschlossen.

1998 wurde Ernest Kaltenegger Wohnungsstadtrat. Es gelang ihm, wichtige Verbesserungen bei den Richtlinien zu erreichen, z.B., dass



„Wir werden uns weiterhin für Mieterinnen und Mieter einsetzen“, betonte Stadträtin Elke Kahr auf einer Pressekonferenz mit Ernest Kaltenegger und der damaligen Aktivistin und jetzigen Bezirksrätin Anni Grünauer.

die Familienbeihilfe nicht zum Einkommen hinzugerechnet wird, sowie die Berücksichtigung eines Betrages für den Lebensbedarf ab der zweiten im Haushalt lebenden Person.

Mietzinszuschlagung wird es weiter geben

Doch ausgerechnet 20 Jahre nach Einführung der Mietzinszuschlagung kommt es durch FPÖ-Stadtrat Eustacchio in einem wichtigen Punkt zu einer

Verschlechterung. Wie bei der Wohnbeihilfe des Landes wird künftig auch bei der städtischen Mietzinszuschlagung die Familienbeihilfe eingerechnet. „Das führt künftig dazu, dass Familien mit Kindern weniger Zuschuss bekommen“, sagte Stadträtin Elke Kahr. „Die Familienbeihilfe wurde 1955 in Österreich eingeführt um Kinderarmut zu verhindern. Sie hat bei der Berechnung des Eltern-Einkommens nichts verloren. Es ist traurig genug, dass viele

Eltern so wenig verdienen, dass sie zur Deckung der Miete die Familienbeihilfe heranziehen müssen.“ Die KPÖ hat sich im Gemeinderat erneut dafür eingesetzt, die Familienbeihilfe nicht zum Einkommen hinzuzurechnen. ÖVP und FPÖ haben dies abgelehnt.

Kautionsbeitrag der Stadt verdoppelt

Für Menschen mit geringem Einkommen sind die Wohnungseinstiegskosten am privaten Wohnungsmarkt kaum noch zu bewältigen. Auf Initiative von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr wurde 2010 der **Kautionsfonds der Stadt** Graz ins Leben gerufen.

Bisher war der Beitrag der Stadt zur Kautions mit 500 Euro gedeckelt. Schon 2016 hat **Elke Kahr** als Wohnungsstadträtin eine Erhöhung des Kautionsbeitrages auf 1.000 Euro vorgeschlagen. Nun wird der Vorstoß von Elke Kahr umgesetzt: „Damit ist es möglich, Wohnungssuchenden rasch und unkompliziert unter die Arme zu greifen, wenn sie am privaten Wohnungsmarkt fündig werden“, freut sich Elke Kahr.



„Immer mehr Leute sind gekommen und haben unterschrieben.“
Anni Grünauer

Mit einer wachsenden Mauer machte die KPÖ vor jeder Gemeinderatssitzung auf die ausstehende Behandlung des Wohnungsvolksbegehrens aufmerksam.

MARIENSÄULE ÜBER DEM ABGRUND

Eisernes Tor: Regalparken mit viele

Tiefgarage am Eisernen Tor: Ein nicht nur verkehrspolitisches Schlüsselthema. Macht es Sinn, im Zentrum der Stadt neue Tiefgaragen zu bauen? Noch dazu an einem sensiblen Ort wie dem Eisernen Tor? Auch wenn der Architekt „Null-Emissionen und einen grünen Opernring-Boulevard“ verspricht – die Gründe gegen einen Parkgarage überwiegen eindeutig.

Es geht nicht um eine Tiefgarage“, wehrt Architekt Strohecker ab und stellt richtig: „Es geht um ein Regal-Parksystem“. Der Unterschied: Weniger Manipulationsflächen, vollautomatisierter Parkvorgang, weniger Emissionen, angeblich geringere Kosten.

Die Ideenskizze des Architekten wirkt kühn – 40 Meter in die Tiefe sollen zwei Silos (Regale) unter dem Brunnen und vis-à-vis beim Pavillon betoniert werden: Kostenpunkt 10 Millionen Euro pro Stück. In den Blickpunkt stellt Strohecker die Möglichkeit, oberflächliche Stellplätze zu ersetzen und den Opernring zum „Boulevard“ umzugestalten. Gebaut werden soll schon 2019, zumindest das Regal unter dem Brunnen, für das es schon einen – ungenannten – Investor gäbe.

Erstmals offiziell präsentiert wurde das Projekt der zuständigen Verkehrsstadträtin auf deren Einladung hin Ende Oktober im Kreis von Fachbeamten und Experten. Dabei bestätigte sich, dass das Projekt derzeit über eine Ideenskizze nicht hinausgeht und es massive Vorbehalte aus verkehrlicher, städtebaulicher und denkmalgeschützerischer Sicht gibt.

Fragen, die offen sind:

- **Wie lässt sich das Projekt mit den verkehrspolitischen Zielsetzungen vereinbaren?**

Die vom Gemeinderat beschlossene Leitlinie Mobilität sieht eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs vor. Zusätzliche Parkplätze laufen dieser Vorgabe zuwider.

- **Wie wirkt sich das Projekt auf die lokale Verkehrssituation aus?**

Für die beiden Regalgaragen rechts und links des Opernrings sind Verzögerungsspuren erforderlich, die auf der Busspur bzw. der dritten Spur eingerichtet werden müssen. Für den Fahrverkehr verbliebe lediglich eine Spur. Gleichzeitig verursachen zusätzliche 300 bis 600 Stellplätze auch mehr Fließverkehr – die Einflüsse auf das gesamte innerstädtische Verkehrssystem müssen noch erhoben werden. Ebenso die Auswirkungen von einem Jahr Baustelle.

- **Ist eigentlich der Bedarf ein Tiefgaragen-Parkplätzen gegeben?**

Die in unmittelbarer Umgebung bestehenden Tiefgaragen sind laut einer Erhebung im Schnitt nur zu 50-70 % ausgelastet. Selbst wenn man da noch 10 % Dauerparker in Abzug bringt, ist man von einer Vollausslastung weit entfernt.

- **Wer soll die Stellplätze nutzen?**

Von den zusammen 600 Parkplätzen sollen 300 für Anwohner und 100 für Carsharing reserviert werden. Zu hinterfragen ist, ob Anwohner bei den zu erwartenden



Foto: CC Wikipedia

den marktüblichen Tarifen dieses Angebot annehmen und wie man sich die Nutzung eines zentralen Carsharings vorstellt: Dieses steht etwa dem von den Holding Graz Linien verfolgten Konzept (t.i.m.) von dezentralen Standorten im verdichteten Wohnumfeld diametral entgegen.

Zudem geht das Nutzungskonzept mit dem Anspruch des Bürgermeisters, zusätzlich Parkraum für Einkaufende zu schaffen, nicht zusammen: Wie angekündigt soll mit dem Bau gleichzeitig ein Drittel oberflächlicher Stellplätze in Grün- und Lebensraum umgewandelt werden, d.h. nach Abzug der Carsharing- und Dauerparkplätze für Anwohner bleibt von dem neu versprochenen Angebot so gut wie nichts mehr für Shopping übrig.

Und: Beide geplanten Garagen bieten ein digitalisiertes Angebot, sowohl Buchung (via Smartphone-App) als auch Bezahlung mittels Karte sind nur elektronisch zu machen und schließen schon

deshalb manche Bevölkerungsgruppen aus. Zudem kommt das vollautomatisierte System ohne Personal aus – zumindest bis zum ersten Störfall.

- **Was kostet das die Stadt?**

Freilich soll die Stadt für die neue Oberflächengestaltung sorgen, zudem liegt der Verdacht nahe, dass, sollte die Rechnung mit den Tarifen nicht aufgehen, die Stadt die Tarife subventionieren soll – ein Modell, mit dem man schon bei der Pfauengartengarage schlecht beraten war.

- **Was bedeutet das Projekt für den Stadt- und Grünraum?**

Massive Eingriffe oberirdisch (Allee am Opernring), den Stadtraum (Kinderspielplatz, Ruheplätze um den Brunnen) und unterirdisch (siehe Kommentar) sind unvermeidbar. Mögen Regalgaragen an anderen Standorten vielleicht eine vertretbare Form sein, Parkplätze zu schaffen, am Eisernen Tor sind sie es sicher nicht.

NEIN zur Tiefgarage unter dem Eisernen Tor!

Bitte unterstützen
Sie unsere Online-Petition:
<http://bit.ly/2w8berf>

<https://www.openpetition.eu/at/petition/online/nein-zur-tiefgarage-unter-dem-eisernen-tor>

n Fragezeichen



Egal ob „Park-Regal“ oder Tiefgarage: 40 Meter tiefe Parksilos würden den Individualverkehr in die Innenstadt locken.



Stadtblatt-Umfrage: So denken die Grazerinnen und Grazer

Im Grazer Stadtblatt (September) haben wir unsere Leserinnen und Leser gebeten, ihre Meinung zur Tiefgarage am Eisernen Tor zu sagen.

Noch nie hat eine Stadtblatt-Umfrage die Gemüter der Grazer so sehr erhitzt wie diese.

Von den zahlreichen Rückmeldungen, die wir bekommen haben, waren nur 4,1 % für eine Errichtung der umstrittenen Tiefgarage.

Mit „Nein, denn wir brauchen nicht noch mehr Autos im Stadtzentrum. Stattdessen sollte der öffentliche Verkehr rasch ausgebaut werden“, haben 95,9 % – die überwiegende Mehrheit also – sich klar gegen das Tiefgaragenprojekt ausgesprochen.

12,2 % der Leserinnen und Leser, die an der Umfrage teilgenommen haben, haben sich dafür eingesetzt, vor einer solchen Entscheidung alle Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen.

Zahlreich auch die Anmerkungen zum Thema. Von „Schnaps-idee“ über Sorgen um die Altstadt, Warnung vor einem gefährlichen Auto-Magneten, der nur noch mehr Feinstaub, Lärm und Erschütterungen in die Stadt bringt, bis zu überlegenswerten Anregungen – „Wenn schon Garagen, dann für Fahrräder“ – reichte die Palette. Unter den Anmerkungen war auch die Frage „Wer sind eigentlich die Hintermänner bei diesem unverantwortlichen Prestigeprojekt?“

GASTKOMMENTAR VON
PETER LAUKHARDT

Mit Blick auf die Stadtmauern



Um die Folgen des Garagenprojektes für den Verkehr zu beurteilen, fehlen wesentliche Daten, u.a. die Anzahl der jetzigen Parkplätze, die Anzahl von geplanten Dauerparkern, künftige Verkehrsführungen usw.

Stark interessiert bin ich an der Frage, was das Projekt in städtebaulicher Hinsicht leisten könnte. Es wäre z.B. eine großartige Sache, wenn die Kaiserfeldgasse verkehrsfrei und als grüner Bummel gestaltet werden könnte. Da ja für die künftige Straßenbahn-Entlastungsstrecke Haltestellen beim Joanneum und am Radetzkyplatz geplant sind, wäre eine neue beruhigte West-Ost-Achse durchaus sinnvoll. Aus stadthistorischer Sicht wäre die Kaiserfeldgasse mit dem Raum direkt vor der Renaissance-Mauer identisch und könnte als Reminiszenz an den Ende des 19. Jahrhunderts verbauten Joanneum-Garten gestaltet werden – sozusagen das östliche Ringstraßen-Ensemble („Rosarium“) westlich des Eisernen Tores fortsetzend.

Was die historische Situation vor dem Eisernen Tor betrifft, geht aus den Plänen hervor, dass es sicher gezielter Probegrabungen bedarf, um festzustellen, was von der westlichen Flanke der Landschaftsbastei unter dem Brunnen noch vorhanden sein könnte. Die mächtigen Spolien*) in den Kellern der Häuser Am Eisernen Tor 2 und 3 sind jedenfalls nicht in situ, sondern nur in Zweitverwendung. Es gibt Keller am östlichen Opernring, in dem Teile der Kurtine erhalten sind.

Die den Jakominiplatz nördlich begrenzende Häuserreihe (die sogenannten „Stadtgrabenhäuser“) stehen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts direkt auf der Contre-Escarpe**) des Stadtgrabens, die – wie ich aus Grabungen vergangener Jahrzehnte weiß – noch als steile Bruchsteinmauer vorhanden sein dürfte.

Ohne das Vorliegen fundierter Unterlagen – und eine ausführliche Probegrabung – ist das Projekt derzeit absolut abzulehnen!

Peter Laukhardt

*) wiederverwertete historische Bauteile
**) Stadtmauer

Peter Laukhardt war von 2000 bis 2004 als Sachverständiger in der Grazer Altstadt-sachverständigenkommission tätig. Er ist seit 2010 Sprecher der „SOKO Altstadt“.



Unser Bild des **Eisernen Tores** zeigt nicht das mittelalterliche Tor, sondern das um 1570 errichtete Tor der Renaissance-Befestigung.

Alles rund um die Öffis

Mobilitätszentrale in der Jakoministraße

Was 1996 als „Verbund-Hotline“ startete, bietet als „MobilZentral“ seit 20 Jahren Service und Dienstleistungen rund um den Öffentlichen Verkehr. Auch oder gerade im digitalen Zeitalter hat die Einrichtung am Jakominiplatz eine wichtige Funktion.

„Begonnen haben wir mit zwei, drei Anrufen pro Tag“, erinnert sich Elli Prügger, Chefin des zehnköpfigen Teams von MobilZentral. Damals, als das Internet noch in den Kinderschuhen steckte, mussten dicke Fahrplanbücher gewälzt werden, um korrekt über die Kurse der 60 Verbund-Unternehmen Auskunft geben zu können. Heute hält man bei rund 3.000 Telefonauskünften und 4.000 bis 5.000 Kundenbesuchen pro Monat: „Das Verhältnis hat sich umgedreht, seit wir auch Tickets verkaufen.“

Während mit der elektronischen Tür-zu-Tür-Auskunft Bus-BahnBim telefonische Anfragen zu Fahrplänen abgenommen haben, sind neue Servicefelder dazugekommen. Zuletzt vor allem durch Fernbusangebote.

MobilZentral hilft Fahrgästen, sich im Tarif-Dschungel zurechtzufinden, unterstützt bei der Rei-

seplanung, vertreibt alle Tickets, hat alle Fahrpläne parat und ist mit einem Fahrradverleih auch für Radler da. „Eine wichtige Rolle spielt der persönliche Kontakt, und das eigentlich bei jeder Altersgruppe“, berichtet Charlotte Gratzer. Man habe sehr nette Stammkunden und höre nicht selten: „Bei euch bin ich viel besser betreut.“ Natürlich sind auch Beschwerden dabei: „Die halten sich aber in Grenzen. Sie betreffen Ausfälle bzw. Verspätungen und das Angebot in der Region.“

Dass auch das Klima in dem von der Forschungsgesellschaft Mobilität FGM geführten und von Stadt, Land und Verkehrsverbund finanzierten Betrieb passt, darauf weist die geringe Mitarbeiterfluktuation hin: Zwei Drittel des Teams sind länger als 15 Jahre dabei. Von Vorteil ist die zentrale Lage unter einem Dach mit dem Mobilitätscenter der Holding Graz Linien, die auch Vermieter sind.

RAT&HILFE: MobilZentral bietet ...

...umfassende Telefonauskunft zu Fahrplänen, Tickets und Tarifen unter
Tel. 050 678910 (Mo.-Fr. 7.00 bis 19.00, Sa. 9.00 bis 13.00 Uhr)
sowie: Reiseberatung,

Ticketverkauf für den europaweiten öffentlichen Verkehr,
Fahrradverleih im Mobility Center/Bahnhof in der Stadt,
Jakoministraße 1, 8010 Graz
Mo-Fr 8.00 bis 18.00, Sa 9.00 bis 13.00 Uhr.

Smarte Mitfahrbörse

Auf der Fahrt in ihren Studienort Graz ist den Obersteirern Dominik Gschaidner und Philipp Trantin die Idee zu „Hey Way“, eine smarte Mitfahrbörse, gekommen. Die von ihnen entwickelte App ist über Android und Apple verfügbar und zeichnet sich durch ein einfaches, österreichweites Buchungssystem aus. 10 Prozent des Fahrtpreises sind Provision, über ECO-Points, die man für seinen personalisierten Fußabdruck sammeln kann, werden Gutscheine ausgespielt. Dominik und Philipp haben das Projekt beim Grazer Mobilitätsfest und an den Unis vorgestellt. <http://www.hey-way.com/>



Elli Prügger und Charlotte Gratzer vom MobilZentral-Team mit Stadtpräsidentin Elke Kahr



Hermine C., Pensionistin

„Seit es das Mobilitäts-Zentrum gibt, bin ich hier und bekomme immer eine genaue Information über meine gewünschte Zugverbindung. Ich kaufe auch gleich die Zugtickets hier, dann gibt's keine schlechten Überraschungen wie am Ticketautomaten. Wenn ich dringend eine Information benötige, ist mir auch per Telefon immer schnell geholfen worden.“

Patricia P., Französisch-Lehrerin

„Ich unterrichte an mehreren Schulen in der City und weil ich gerne reise, nutze ich die Wege dazwischen, um hier Bahn- oder Bustickets zu besorgen. Bevor ich zuhause den Computer eingeschaltet habe, ist schon alles erledigt. Die sind hier so flott, und ich bekomme Tipps, welche Angebote am günstigsten sind.“



Lorenz B., Student

„Ich bin wegen der Erneuerung meines Ermäßigungsausweises hier, damit ich zwischen meinem Wohnort in Hartberg und der Uni in Graz billiger mit den Öffis fahren kann. Ich bin bereits das fünfte Jahr hier und war stets zufrieden.“

Fußwege-Programm

Viele Maßnahmen für Fußgänger geplant

Ein Fußwege-Programm für Graz hat Verkehrsstadträtin **Elke Kahr** im Oktober-Gemeinderat auf die Reise gebracht.

Maßnahmen im Umfang von 1,4 Mio. Euro werden bis 2019 umgesetzt. Geplant sind acht Gehsteig- bzw. Gehwegabschnitte, acht Schutzwege sowie eine Druckknopfampel. Dazu kommt die Durchwegung eines neu entstehenden Wohnviertels südlich der Messe. Für die Flächensicherung werden 0,8 Mio. Euro reserviert.

- Schutzweg Fischergasse/Spar
- Schutzweg Fischergasse/Rottalgasse
- Schutzweg Eggenberger Allee/Straßgangerstraße
- Schutzweg Exerzierplatz/Zankelstraße
- Schutzweg Mariengasse/Kleiststraße inkl. Haltestelle
- Schutzweg Algersdorferstraße/Hödlweg inkl. Haltestelle
- Schutzweg Plabutschstraße/Saitzgasse inkl. Haltestelle
- Schutzweg Plabutschstraße/
- Steinbruchweg inkl. Haltestelle
- Eckertstraße/Absengerstraße



- Gehsteig Grafenbergstraße
- Gehsteig Münzgrabenstraße
- Geh- und Radweg Pomisgasse
- Gehsteig Kadettengasse
- Gehsteig Thaddäus-Stammel-Straße
- Gehweg Johann-Haiden-Straße
- Gehweg Petrifelderstraße/Dammweg
- Gehweg Rudersdorferstraße/Puntigamerstraße

T.I.M. wächst

Umweltfreundliche Mobilität nach Bedarf hat t.i.m., „täglich intelligent mobil“, der Holding Graz Linien zum Ziel. Der mittlerweile vierte multimodale Knoten (Carsharing, Mietautos, E-Taxitankstelle, Bim-Haltestelle) wurde Anfang November am Schillerplatz in Betrieb genommen. Demnächst folgt das Brauquartier in Puntigam. Inzwischen fahren bereits 500 Mitglieder auf t.i.m. zum Teil elektrisch ab, auch drei Zipcar-Standorte wurden übernommen.

(Foto: Stadt Graz/Fischer)



Neue Rotlicht-Kameras

Ein Drittel der schweren Verkehrsunfälle ereignen sich durch Vorrangverletzungen und Rotlicht-Missachtungen: Um hier verstärkt präventiv entgegenzuwirken, kommen zu bisher zehn automatischen Rotlichtkameras sechs weitere dazu. Sie werden an insgesamt 26 Standorten zum Einsatz kommen. Die Investitionskosten – 400.000 Euro – amortisieren sich erfahrungsgemäß binnen zwei Jahren.



Radverkehr in der Zukunft

Österreichweites Radkoordinatoren-Treffen in Graz, organisiert von Martin Eder (Umweltministerium) und Helmut Spinka (Abt. Verkehrsplanung). „Der Radverkehr in der Stadt ist die Zukunft. Das ist auch eine zutiefst soziale Frage. Die Bereitschaft auf das Fahrrad umzusteigen ist hoch, wobei wir in der Infrastruktur noch Luft nach oben haben.“

(Foto: Stadt Graz/Fischer)

Aribonenstraße

Mit dem Ausbau der Volksschule Straßgang hat die Aribonenstraße Richtung Bahnhof einen Gehsteig bekommen. Lediglich an der Kreuzung Gradnerstraße konnte aus Platzgründen auf einem kurzen Stück nur mit Bodenmarkierungen gearbeitet werden. Gleichzeitig wurde die T30-Straße zur Einbahn (ausgenommen Radfahrer) umgewandelt und gemeinsam mit der Abmarkierung von Parkplätzen ein wechselseitiges Halteverbot verfügt.



GESUNDheitsamt vor Ort

Wie wichtig oder wie gefährlich ist das Impfen?

Welchen Schutz bieten die unterschiedlichen Impfungen?

Welche Risiken haben sie?

Wie oft muss ich auffrischen?

Stellen Sie alle Fragen, die Sie bewegen!

UNABHÄNGIG. Hinter dem Gesundheitsamt der Stadt Graz steht kein Pharma-Konzern als Sponsor. Es hat auch keine Eigeninteressen oder Hintergedanken und ist seit vielen Jahren auf vielfältige Weise für die Grazer und Grazerinnen tätig.

UNBÜROKRATISCH. Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer und die Ärztinnen des Gesundheitsamtes kommen zu Ihnen ins Wohnviertel – und stellen sich Ihren Fragen.

VOR ORT können Sie sich gegen Grippe impfen lassen. Sie müssen lediglich den Impfstoff um 14,50 Euro bezahlen, keine Honorare.

Montag, 20.11.2017, 15 Uhr:
Stadtteilzentrum Triester,
Triesterstraße 66

Dienstag, 21.11.2017, 15 Uhr:
NBZ Denggenhof,
Siebenundvierzigergasse 29

Donnerstag, 23.11.2017, 11.30 Uhr:
NBZ Grünanger,
Andersengasse 32

Montag, 27.11.2017, 15 Uhr:
ENW,
Maria-Pachleitner-Straße 22–28

Dienstag, 28.11.2017, 15 Uhr:
ENW,
Waagner-Biro-Straße 63–63d

Mittwoch, 29.11.2017, 15 Uhr:
Stadtteilzentrum EggenLend,
Vinzenzgasse 25

Donnerstag, 30.11.2017, 10 Uhr:
Büro der Nachbarschaften St. Andrä,
Kernstockgasse 20

Montag, 4.12.2017, 15 Uhr:
NBZ St. Peter,
St.-Peter-Hauptstraße 85



Schon beim Auftakt der Tour „GESUNDheitsamt vor Ort“ im Mehrgenerationenhaus Waltendorf haben viele das Angebot für die Grippe-Impfung genutzt. **Dr. Gustav Machan, Michael Mandl** und **Lydia Veit** vom Team des Gesundheitsamts führten in der angenehmen Atmosphäre Beratungen durch und nahmen die Grippeimpfungen vor. Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** war mit Referentin **Maria Strauß-Preinsperger** und Referenten **Christopher Fröch** vor Ort. Er dankte **Karin Steffen** vom Mehrgenerationenhaus für die Zusammenarbeit.

Der Bedarf an Betreuung von älteren Menschen steigt – und damit auch die Geschäftemacherei. Bei Pflegeagenturen häufen sich die Missstände. Rat und Hilfe bietet die Pflegedreh-scheibe.

Es geht oft sehr schnell, dass ein alter Mensch zum Pflegefall wird und der Alltag ohne Hilfe nicht mehr zu bewältigen ist. Im gewohnten Umfeld wohnen zu bleiben, ist ein ebenso häufiger, wie verständlicher Wunsch.

Bis 2050 wird sich in Österreich die Zahl der Über-80-Jährigen mehr als verdoppeln. Das macht die 24-Stunden-Betreuung zu einem lukrativen Geschäftszweig. Angehörige wollen nur das Beste, finden sich aber im Dschungel der Agenturen oft nicht zurecht. Immer wieder kommt es zu eklatanten Mängeln. Die schwarzen Schafe werden mehr.

Verunsicherung und Verzweiflung

„Eine Betreuerin war nicht in der Lage, meine Mutter aus dem Rollstuhl ins Bett zu heben“, erzählt Frau M. „Natürlich helfen mein Mann und ich so gut es geht mit, aber das war nicht, was wir gebraucht haben.“

Vielfach bestehen Probleme bei der Kommunikation. „Schwierig ist es, wenn eine Betreuerin kein einziges Wort Deutsch kann“, sagt Herr A. Von ständigem und nur sehr kurz davor angekündigtem Personalwechsel berichtet Frau F. Ihren Vater setzt das sehr unter Stress. „Meinem Vater soll es gut möglichst gehen“, sagt sie resigniert, „es ist aber nicht einmal möglich, dass er sich an jemanden gewöhnt, geschweige denn Vertrauen fasst.“

Faire Arbeitsbedingungen

Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ) kennt die Probleme. Immer wieder wenden sich verzweifelte Menschen an sein Büro. Für ihn liegt der Kern des Problems in den

»Mein soll es

mangelnden Regelungen. So sind in der Gewerbeordnung keinerlei Qualifikationen für Personenbetreuerinnen vorgeschrieben, kritisiert Krotzer. Die Betreuerinnen und Betreuer sind in den seltensten Fällen bei den Agenturen angestellt, sondern formal gesehen selbstständige Gewerbetreibende. „Wer meint, dass der freie Markt die Probleme lösen würde, öffnet der Geschäftemacherei Tür und Tor“, so Krotzer: „Pflege und Betreuung von alten Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Wer diese Aufgabe wahrnimmt, muss faire Arbeitsbedingungen vorfinden und entsprechend entlohnt werden“, so der Kommunist.

Bestens beraten, bestmöglich betreut

„Das größte Problem dabei ist die herrschende Verunsicherung“,

Vater gut haben.«



SYMBOLFOTO: PIXABAY

sagt Krotzer. Agenturen enttäuschen immer wieder Menschen, die sich an sie wenden. In Graz gibt es fünf anerkannte Trägerorganisationen für die Hauskrankenpflege. Alleinstehende Menschen mit Betreuungsbedarf sollten sich unbedingt an diese wenden, rät Krotzer. Damit ist gewährleistet, dass die Trägerorganisation geeignetes Personal für den jeweiligen Betreuungsbedarf aussucht – und auch fachlich überprüft, gegebenenfalls eingreift oder Änderungen vornimmt.

Pflegedrehscheibe

Am besten aufgehoben ist man mit allen Fragen bei der Pflegedrehscheibe der Stadt Graz (siehe Kasten), sagt Krotzer. „Sie ist kein Betreiber und hat keinerlei wirtschaftliche Interessen und nimmt sich aller Fragen unbürokratisch an.“

RAT UND HILFE



Die Pflegedrehscheibe der Stadt Graz ist die zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen bezüglich Pflege und Betreuung. Sie informiert Sie rasch, individuell und unbürokratisch über:

- Mobile Dienste
- Pflegeheime
- Betreutes Wohnen
- Tageszentren
- Pflegegeld
- 24-Stunden-Betreuung
- Behindertentaxi
- Geronto-psychiatrisches Zentrum
- finanzieller Zuschuss für pflegende Angehörige
- sozialversicherungsrechtliche Absicherung für Pflegepersonen
- GIS-Befreiung
- Rezeptgebührenbefreiung

- Familienhospizkarenz
- mobiles Palliativpflegeteam
- Essenzustellung
- Mittagstisch für SeniorInnen
- Wohnungsreinigung
- Hilfsmittel
- Notruftelefon
- PatientInnenverfügung
- Vorsorgevollmacht
- Vertretungsbefugnis
- Sachwalterschaft
- Pflegekarenz
- Pflegeteilzeit
- Sturzprophylaxe zu Hause

Albert-Schweitzer-Gasse 38,
8020 Graz

Tel.: 0316 - 872 6382

E-Mail:

pflegedrehscheibe@stadt.graz.at

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag, 10 bis 15 Uhr

KOMMENTAR

Von
KPÖ-Stadtrat
Robert Krotzer



FOTO: KPÖ

Mehr als drei Viertel der zu pflegenden Menschen lebt zuhause. Von ihnen nimmt die Hälfte in der einen oder anderen Form mobile Dienste in Anspruch. Geht es nach der KPÖ, sollten diese ausgebaut werden. Es ist wichtig, dass man, so lange es möglich ist, zuhause bleiben kann. Deshalb müssen Angebote geschaffen werden, die pflegende Angehörige entlasten. Man darf nicht vergessen, wieviel Fürsorge von Verwandten, meist Frauen, geleistet wird. Sie gehen dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

In Würde zu altern, ist, was wir uns alle wünschen – gerade für die Menschen, die wir lieben. Die bestmögliche Pflege ist dafür ein unerlässlicher Baustein. Dabei darf man nie vergessen, dass es zwei Dinge gibt, die einander bedingen: Optimale und fürsorgliche Betreuung der Menschen auf der einen Seite und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten auf der anderen.

Eines muss klar sein: kapitalistische Profitmacherei ist hier fehl am Platz.

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Tel.: 0316 – 872 2070

E-Mail:

stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

[fb.com/robert.krotzer.graz](https://www.facebook.com/robert.krotzer.graz)

Sprechstunden:

jeden Dienstag und Donnerstag. Um telefonische Anmeldung wird gebeten.

Die Erinnerung wachhalten



In den Stolpersteinen sind sie nun wieder vereint: Maria und Josef Neuhold.

An die Menschen, die von den Nazis vertrieben, verfolgt, verschleppt und ermordet wurden, erinnern auch in Graz immer mehr „Stolpersteine“. 26 weitere wurden zuletzt vom Künstler Gunter Demnig und dem Verein für Gedenkkultur verlegt.

FRANZ LEITNER rettete im KZ vielen jüdischen Kindern das Leben. Dafür wurde er von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechter unter den Völkern geehrt, der höchsten Auszeichnung für Menschen nicht-jüdischer Herkunft. Leitner wurde schon mit 18 Jahren aus politischen Gründen vom Ständestaat inhaftiert. Nach dem sog. „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland erfolgte seine Verhaftung und Deportation ins KZ Buchenwald. Als Blockältester des „Kinderblocks“ konnte er nicht nur erfolgreich für bessere Haftbedingungen kämpfen, sondern auch vielen jüdischen Kindern das Leben retten. Franz Leitner war auch aktiv an der Selbstbefreiung der KZ-Häftlinge in Buchenwald beteiligt. Sein Stolperstein liegt in der Lagergasse 29, unweit des

Grazer Volkshauses, wo Leitner viele Jahre als Landesobmann der KPÖ Steiermark wirkte.

FRANZ JAUK überlebte die brutalen Menschenversuche im Konzentrationslager Dachau, in das er bereits 1938 deportiert wurde. Die Nazis experimentierten unter anderem damit, Menschen in eiskaltem Wasser „Unterkühlungstests“ zu unterziehen. Jauk gelang es, die Messgeräte zu manipulieren und so mehr als hundert seiner Mitgefangenen – „Versuchspersonen“, wie sie von der SS genannt wurden – das Leben zu retten. Gemeinsam schafften sie es schließlich, die Apparate zu zerstören – die Versuchsreihe musste eingestellt werden.

Bereits seit 1927 war Jauk für KPÖ die aktiv gewesen – und war es auch nach der Befreiung 1945 wieder. Er kehrte nach Graz zurück und wirkte als Kommunist weiter für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Seine Erinnerungen schrieb er nieder. Das Buch „Wir haben die Losung von Dachau gelernt“ erschien 1988.

1995 verstarb Franz Jauk 91-jährig in seiner Heimatstadt.

Sein Stolperstein liegt in der Seidenhofstraße 62.

MARIA NEUHOLD, geborene Spindler, war gemeinsam mit ihrem Mann Josef erst in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Republikanischen Schutzbund und nach 1934 in der illegalen Kommunistischen Partei Österreichs aktiv. Zusammen mit dem Schriftstellern Richard Zach, aber auch ihren Kindern Elfriede und Erich trat sie für ein freies und demokratisches Österreich ein. Wegen „Hochverrats“ wurde sie im Zuchthaus Waldheim in Sachsen eingekerkert. Mit dem Ende des Krieges wurde sie befreit. Sie starb an den Folgen der Haft.

Ihr Mann **JOSEF NEUHOLD** wurde schon 1942 zum Tode verurteilt, starb aber an den Misshandlungen, bevor das Urteil vollstreckt wurde. Für ihn gibt es seit 2013 einen Stolperstein in der Rechbauerstraße 27. Daneben wurde nun der für Maria verlegt.

Josef und Maria Neuhold wurden von den Nazis vergewaltigt, gefoltert und ermordet. In den Stolpersteinen sind sie nun wieder vereint.

POSSE UM KULTURAMTSLEITUNG

Die Bestellung von Michael Grossmann zur Kulturamtsleiter reiht sich nahtlos in die Vorgehensweise des schwarz-blauen Postenschachers ein.



Foto aus dem Jahr 2012: Grossmann, Nagl, Eustacchio. Nach 2012 unter neuen Vorzeichen wiedervereint.

Alle Aufsichtsräte in den Tochtergesellschaften der Stadt Graz wurden ausschließlich mit Personen aus den eigenen schwarz-blauen Reihen besetzt. Diese Methode des Postenschachers ist nun um ein dunkel-fliedernes Kapitel reicher. „Es wurden gezielt hoch kompetente Bewerber aus dem Rennen genommen, um den ÖVP-Wunschkandidaten zu positionieren“, verweist KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** auf die Unregelmäßigkeiten bei den Einladungen. In der letzten Gemeinderatssitzung brachte Braunersreuther in Erfahrung, dass die Einladungen auf Wunsch der ÖVP-Stadträte Hohensinner und Riegler revidiert und neu ausgeschrieben wurden. Schon eingeladene und hochqualifizierte Personen wurden wieder ausgeladen und neue Personen (darunter Grossmann) eingeladen. „Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt verlieren durch solche durchsichtig „undurchsichtigen“ Manöver das Vertrauen in die Politik“, zeigt sich KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber** besorgt über die schwarz-blauen Regierer.



ZUKUNFT DER GSV WACKER

Die GSV Wacker hat durch den Bau der Ballsporthalle seinen Körner-Platz verloren. Deswegen muss der traditionsreiche Fußballverein jetzt auf den Postplatz in Puntigam ausweichen. „Aufgrund der Distanz des Postplatzes zum Schönanviertel, hat der Verein mittlerweile die Hälfte seiner Jugendspieler verloren. Dadurch fehlen lebenswichtige Mit-



gliedsbeiträge sowie Förderungen für Jugendmannschaften“, berichtet KPÖ-Gemeinderat **Horst Alic**.

Er appellierte an den dafür zuständigen Stadtrat, den Verein vor dem Untergang zu schützen. „Gegen den weiteren Schwund von Nachwuchsspielern hilft nur eine ortsnahe Heimstätte im Bezirk Jakomini“, so Alic.

UMWELTAUFLAGEN KRAFTWERK

Beim Bau der Kraftwerke Gössendorf und Kalsdorf wurden grobe Mängel bezüglich der Umsetzung von Umweltmaßnahmen bekannt. „Lebensräume für Natur und Tiere wurden nicht mehr wieder hergestellt“, verweist KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** auf den Bericht der Umweltanwältin Ute Pöllinger.



Es ist zu befürchten, dass es

beim Bau des Murkraftwerkes zu ähnlichen Versäumnissen kommt. Unzählige Tiere haben durch den Bau und Rodung von tausenden Bäumen ihre Heimat verloren.

Elke Heinrichs wendete sich in einer Anfrage an Bürgermeister Nagl, um Sorge zu tragen, dass alle Umweltauflagen beim Kraftwerksbau erfüllt werden.

VERZICHT AUF SMART-METER

Ab Ende 2017 werden die steirischen Haushalte mit neuen Stromzählern, den „Smart Metern“, ausgestattet. Doch diese sind teuer, verbrauchen selbst Strom und haben eine kürzere Lebensdauer als die herkömmlichen Stromzähler. Darüber hinaus ist die Übermittlung der Daten über das Internet



anfällig für Manipulationen. Auch willkürliche Abschaltungen durch Stromlieferanten werden erleichtert. „Wenn StromkundInnen dies wünschen, sollen sie ihre analogen Zähler behalten können“, fordert KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**, der einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat einbrachte.

KEINE WINTERNOTSCHLAFSTELLE

Letztes Jahr haben über 300 Frauen, Männer und Kinder in der Winternotschlafstelle der Caritas in der Keplerstraße übernachtet können. Heuer steht dieses Gebäude als Notschlafstelle nicht mehr zur Verfügung. „Die neue Übernachtungsmöglichkeit könnte aufgrund eines fehlendes Baubeschei-



des eventuell erst nächstes Jahr öffnen“, berichtet KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Jetzt stellt sich die Frage, wo die Menschen, die in Not geraten sind, in diesem Winter eine Übernachtungsmöglichkeit finden. Warum hat Stadtrat Hohensinner noch keine Lösung für dieses dringende Problem gefunden?

THEATER KISTL

Das Theater KISTL in St. Leonhard ist seit 27 Jahren eine wichtige Institutionen in der Grazer Theaterlandschaft. „Nun soll es wegen einer großflächigen Verbauung weichen und abgerissen werden“, ist KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** bestürzt.



Durch das einzigartige Theaterangebot sind viele Schulklassen in den Genuss des Ensembles gekommen. Braunersreuther setzt sich für den Erhalt ein und hat einen Dringlichen Antrag zur Rettung des Theaters eingebracht.

VERBESSERUNG TIERSCHUTZGESETZ

Mit dem neuen Tierschutzgesetz dürfen Privatpersonen und kleine Tierhilfvereine keine Tiere mehr über das Internet vermitteln. Gemeinderätin **Sigrid Zitek** (KPÖ) fordert den Nationalrat auf, die Tierschutzgesetzesnovelle zu



ändern: „Schon jetzt ist ersichtlich, dass Hunde und Katzen vermehrt ausgesetzt oder in bereits überfüllte Tierheime abgegeben werden“, ist Zitek besorgt. Kleine Hilfvereine stehen vor dem Aus, wenn nicht schnell gehandelt wird.

STREETWORKOUT IN LIEBENAU UND BÄUME IN ANDRITZ

In Liebenau entstand im Zuge der Fertigstellung des Südgürtels der Liebenauer Park. Leider fehlt den Bewohnern von Liebenau ein Streetworkoutplatz – so wie im Augarten oder bei der Ortweinschule. „Beim Spielplatz im Liebenauer Park wäre ein idealer Platz, um die beliebten Sportgeräte zu installieren“ fordert Gemeinderat **Christian Sikora** (KPÖ) in



der letzten Gemeinderatssitzung. Für Andritz fordert Sikora zusätzliche Bäume. „Da am Andritzer Hauptplatz nicht genügend Bäume nachgepflanzt werden konnten, habe ich mit den Bewohner geredet, um andere Standorte für neue Bäume zu finden, wie zum Beispiel zwischen Stukitzbad und Schöcklbachweg“, so Sikora.

ZUSÄTZLICHE GKB HALTESTELLE

Die Verkehrssituation im Grazer Südwesten ist – vor allem in der Rushhour – längst an ihre Grenzen gestoßen. „Die Buslinien 31, 62 und 65 als einzige öffentliche Verbindung in die Stadt reichen schon längst nicht mehr“, so KPÖ-Gemeinderat **Kurt**



Luttenberger. Nachdem die GKB/S-Bahn-Linie stärker in den Fokus rückt, könnte mit einer zusätzlichen Haltestelle im Bereich „Trattfeldergasse/Westbahngasse“ für eine zusätzliche Möglichkeit gesorgt werden, um das Stadtzentrum zu erreichen.

Gemeinderat im Internet

Alle Initiativen der KPÖ Graz finden Sie zum Nachlesen unter www.kpoe-graz.at/gemeinderat



Aktuelles aus den Grazer Bezirken

GRIES

Ungergasse: Neues Geschwindigkeitsmessgerät

Nicht nur Autos, auch die KPÖ-Bezirksräte in Gries sind oft sehr schnell unterwegs: Eine Bewohnerin der Ungergasse litt in ihrer ebenerdigen Wohnung unter dem Lärm von zu schnell fahrenden Autos und ersuchte die KPÖ-Gries im Juli um Hilfe. Manche Fahrzeuge rasen viel zu schnell durch die Straße, in der Familien mit Kindern wohnen. KPÖ-Bezirksvorsteherin **Gerti Schloffer** veranlasste kurzerhand die Versetzung eines solarbetriebenen Geschwindigkeitsmessgeräts von der Lagergasse in die Ungergasse. Über die Anschaffung weiterer Geräte seitens der Stadt wird nachgedacht.



Riesiger Neubau verschandelt Greenbox

Der Zubau bei der „Greenbox“ in der Grenadiergasse (ehemaliges Schülerheim) wurde nun endgültig genehmigt. KPÖ-Bezirksvorsteherin **Gerti Schloffer** bedauert das: „Zuerst wurden die

wunderschönen großen Bäume Opfer einer Baustelle, dann wurde das alte Gebäude sehr schön renoviert. Und jetzt wird ein riesiger Gebäudekomplex hingebaut. Schade um den schönen Altbau,

der in Zukunft durch den grässlichen Neubau nicht mehr zur Wirkung kommen wird.“ Schloffer kann nicht verstehen, dass die Altstadtkommission den Neubau in dieser Form genehmigt hat.



ADVENTFEIER GRIES

Am Freitag 1. Dezember ab 16 Uhr lädt der Bezirksrat Gries zur Adventfeier

(Griesplatz, bei der Säule).

Anlässlich dieser Feier wird die Beleuchtung des Weihnachtsbaumes eingeschaltet.

Griesplatz-Reinigung

Seit Jahren ist der vermüllte Griesplatz-Nord und ein verdreckter Teil der Griesgasse ein Dorn im Auge von Bezirksvorsteherin Gerti Schloffer (KPÖ). Seit einem Gespräch mit der zuständigen Stelle im August hat sich die Situation verbessert: Das Personal wurde aufgestockt, Tages- und Nachtschichten wurden eingerichtet. Schloffer: „Ich bedanke

mich bei den Beschäftigten der Holding für das regelmäßige Reinigen des Griesplatzes und der angrenzenden Nebenstraßen.“

Ein Problem gilt es noch in Angriff zu nehmen: Herumliegende Gratiszeitungen vor Portalen von aufgelassenen Geschäften, die nass und vom Winde verweht als Papierfetzen den Platz verschandeln.

SCHACH: Offenes Blitzturnier

anlässlich

80 Jahre ASV Auch,
90 Jahre Schachklub Eggenberg und
140 Jahre Grazer Schachgesellschaft

Fr. 15. 12. 2017

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz
großer Saal im 1. Stock

13 Runden Schweizer System

Beginn 1. Runde am Freitag, 15. 12., 17.00 Uhr

Anmeldung: telefonisch oder per Mail mit Name und
Geburtsdatum unter **0660/464 5968** oder
office@schachgesellschaft-graz.at

Nenngeld: Jugendliche U-18 10 €, Erwachsene 15 €

Anmeldeschluss: Freitag, 08. 12. Nachmeldungen mit
einem Aufpreis von 5 € sind bis spätestens Freitag,
15. 12., 16.00 Uhr vor Ort möglich

Wir bitten um Voranmeldung, da die
Teilnehmerzahl auf 80 begrenzt ist.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80** – Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.

– Ausfüllen von Formularen.

– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).

– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz



JAKOMINI

Revitalisierung des Fekonja-Parks

Der Fekonja-Park, im Schönauiertel auch als „Öko-Park“ bekannt, wurde in letzter Zeit wegen Wildwuchs immer schwerer zugänglich. Da es ohnehin zu wenig Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gibt, brachte KPÖ-Bezirksrätin **Henni Holzer** bei der Bezirksratsitzung vom Oktober einen Antrag zur Nutzbarmachung der Parkanlage ein. In der Unteren Bahnstraße setzte sich KPÖ-Bezirksrätin **Gabi Sahin-Koller** für die Verschönerung eines unansehnlichen Gestrüpps ein.



Gegen Kürzungen bei der Stadtteilarbeit!

Das Stadtteilzentrum Jakomini in der C.v.Hötzendorfstraße 55 leistet eine sehr wichtige Arbeit für den Bezirk. Die Angebote werden von der Bevölkerung sehr gut

angenommen. Der sozialmedizinische Schwerpunkt macht die Einrichtung zu einem wichtigen Faktor für das Wohlbefinden im Bezirk.

Aus diesem Grund wendet

sich die KPÖ-Jakomini gegen die von Stadtrat Eustachio veranlassten Kürzungen, die die Stadtteilarbeit in Jakomini erschweren.

Innenhöfe schützen!

Immer wieder kommt es zur Verbauung von Innenhöfen und das nicht nur in Jakomini.

KPÖ-Bezirksvorsteher-Stell-

vertreter **Lubomir Surnev** forderte, dass der Gemeinderat die Innenhöfe künftig besser schützen soll.

Wenn Ihnen etwas im Bezirk auffällt: Rufen Sie an!
Christian Carli:
Tel. 0681 / 10 7632 98



WALTENDORF

Janneckweg: Fußweg wieder frei zugänglich

Der kleine Fußweg zwischen Janneckweg und Waltendorfer Hauptstraße ist eine wichtige Verbindung zwischen der Ragnitz und dem Lustbühel. Eine Waltendorfer Bürgerin wandte sich an den Bezirksrat, weil der Weg durch eine Hecke gänzlich zuzuwachsen drohte. Mit vereinten Kräften ist es nun gelungen, dass der Weg wieder frei zugänglich ist.



Einladung: 23.11., 19 Uhr Öffentliche Bezirksversammlung

Einmal jährlich findet eine Bezirksversammlung statt, zu der alle Waltendorferinnen und Waltendorfer eingeladen

sind: Am 23.11.2017, 19 Uhr werden sich in der Volksschule Waltendorf die im Februar neu gewählten Bezirksräte vorstellen und

Bericht erstatten. KPÖ-Bezirksrätin Lisbeth Zeiler freut sich darauf, Sie persönlich kennenzulernen!

EGGENBERG

Neues Wohnheim für Studierende



In der Eckertstraße 30a und 30b wurden von der GWS ein Studierendenwohnheim mit 80 Appartements und ein Spar-Markt errichtet. An der feierlichen Übergabe nahmen auch Robert Hagendorfer (ÖVP), Doris Peitler (SPÖ) und Karin Gruber (KPÖ) vom Bezirksrat Eggenberg teil.

ANDRITZ

Stukitzbad: Mehr Parkmöglichkeiten für Badbesucher



Gemeinderat Christian Sikora und Bezirksrätin Karin Reimelt (beide KPÖ) fordern mehr Fahrradstellplätze (Bild oben) für das Stukitzbad. Sikora: „Leider sind Abstellplätze für Fahrräder Mangelware, und sehr oft besetzen PKW-Dauerparker den ohnehin spärlichen Parkplatz,

der für die Badbesucher vorgesehen ist, um sich die Gebühr für die Blaue Zone zu ersparen. Daher treten wir für eine Aufstockung der vorhandenen Fahrradplätze und für einen Einfahrtsschranken zum PKW-Parkplatz (Bild unten) nach dem Vorbild der Grazer Auster ein.“



„Smarte“ Stromzähler für gläserne Verbraucher

Bis Ende 2019 sollen alle heimischen Haushalte mit Smart Metern ausgestattet sein. Experten sehen kaum eine Sinnhaftigkeit für Verbrauchende, sondern vielmehr ein Milliardengeschäft für die Energieindustrie.

Ein Smart Meter speichert die Stromdaten des Haushaltes und übermittelt diese Daten an die Strom-Netzbetreiber. Zusätzlich wird über den digitalen Stromzähler eine Ein- und Abschaltung des Stroms aus der Ferne ermöglicht.

Weigerung möglich – aber nur für fünf Prozent

Laut der Bundesregierung und der EU dürfen nur fünf Prozent aller Haushalte in Österreich die Installation des Smart Meter ablehnen („Opt-out“). Aber: Selbst wenn diese Ausstiegsoption genutzt wird, wird trotzdem der analoge mit einem neuen Stromzähler ausgetauscht. Am Smart Meter wird lediglich die Funktion der Datenübertragung deaktiviert. *„Für Konsumenten besteht aber keine Möglichkeit zu überprüfen, ob ein Datenaustausch dennoch stattfindet“*

Weitere Informationen über den Smart Meter erhalten Sie unter www.stop-smartmeter.at

det“, erklärt **LABg. Werner Murgg**, der im Landtag gefordert hat, dass Konsumenten die analogen Stromzähler weiterverwenden dürfen. Die E-Control hat jedoch schon vorausgeschickt, dass Personen, die sich weigern einen Smart Meter installieren zu lassen, zukünftig einen höheren Stromtarif erhalten werden.

Ersparnis nur bei Großverbrauchern

Energiekonzerne schieben das Argument der Senkung des Stromverbrauches vor. Laut einer von Ernst & Young ist jedoch der Einsatz von Smart Meter bei Konsumenten eines durchschnittlichen Haushaltes wirtschaftlich nicht lohnenswert. Erst ab einem jährlichen Stromverbrauch von 6.000 Kilowattstunden könnten 1,2% bis 1,8% Energiekosten gespart werden (ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt verbraucht 3.300 kWh). Österreichweit werden die Kosten für die Umstellung mit bis zu zwei Mrd. Euro beziffert.



Zwar wird von Seiten der Energie Steiermark beteuert, dass keine direkten Kosten bei der Umrüstung für Haushalte entstehen, jedoch werden die Investitionen über den Netztarif und somit wieder von den Konsumierenden bezahlt.

Kritik von vielen Seiten

Neben dem nicht ersichtlichen finanziellen Nutzen für die Bevölkerung, gibt es weitere schwerwie-

gende Kritikpunkte. Erstens warnen Datenschützer vor Eingriffen in die Privatsphäre. Netzbetreiber erhalten glasklare Einsichten in den Stromverbrauch der Kunden. Diese Daten können höchst lukrativ von Energiekonzernen ohne Einverständnis der Verbrauchenden an dritte Unternehmen weiterverkauft werden.

Zweitens haben Sicherheitsexperten Bedenken, dass die digitalen Stromzähler dazu benutzt werden, um die Stromnetze zu manipulieren. Hacker könnten sich Zugang zu der Fernabschaltung mittels Smart Meter verschaffen. „Wenn zehntausenden Haushalten und Unternehmen gleichzeitig der Strom abgedreht wird, wäre das fatal“, zeigt sich Herbert Saurugg, Verein Cyber Security Austria, besorgt.



Junge Entdeckerinnen und Entdecker zu Gast im Rathaus

Die 3c der Volksschule Schönau hat die von der Forschungsgesellschaft Mobilität FGM organisierte „Rätselralley“ zu Fuß durch die Stadt gewonnen und wurde mit Klassenlehrer Aron Knebl und Unterstützungslehrerin Gabriela Hilmar im Gemeinderatssitzungssaal ausgezeichnet.

(Foto: Stadt Graz/Fischer)

Glücksspiel-Wildwuchs

Endlich kommt Regelung bei Wetten



Jahrelang hat die KPÖ darauf gedrängt, den Bereich der Wetten neu zu regeln. Hier existierten bisher kaum Schutzmaßnahmen.

während laufender Ereignisse (ausgenommen auf das Ergebnis). Auch Wetten, welche die Menschenwürde verletzen oder auf Kinder und Jugendliche abzielen, sind jetzt dezidiert untersagt.

Jetzt hat der Landtag eine längst überfällige Neufassung des Wettengesetzes beschlossen und dabei fast alle Forderungen der KPÖ übernommen:

- Wettkunden müssen sich nun unter Vorlage eines Ausweises eine Karte ausstellen lassen.
- Personen unter 18 Jahren sind von Wetten ausgeschlossen.
- Eine Selbstsperrung ist ohne Angabe von Gründen möglich. Darüber hinaus muss der Wettanbieter von sich aus Kunden sperren, wenn diese durch Wetten ihre Existenz gefährden.
- Bisher legale Wetten auf fragwürdige „sportliche“ Ereignisse wie Hunderennen, die nur zum Abschluss von Wetten abgehalten wurden, sind künftig verboten, ebenso sogenannte „Livewetten“, also Wetten

Teilweise wurden die Forderungen der KPÖ erst kurz vor Beschlussfassung in den Gesetzesentwurf aufgenommen. KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler freute sich über diese positive Entwicklung. Eine Sorge bleibt jedoch: „Entscheidend ist, dass das Land auch die Einhaltung der Bestimmungen durchsetzt. Bei den Spielautomaten ist das bisher nicht gelungen“, so die Landtagsabgeordnete. Sie erinnerte damit an Missstände im Zusammenhang mit dem Automatenglücksspiel. Gesetzeslücken und mangelnde Kontrollen haben zuletzt zu einer Schwemme illegaler Spielautomaten geführt.

Die KPÖ dagegen, dass die Abgabe pro Wett-Terminal von 1100 Euro auf 175 Euro monatlich gesenkt wurde.

Kommentar von LABg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Kindergartenpädagoginnen unter Druck



In einem offenen Brief machten steirische Kindergartenpädagoginnen vor kurzem auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam. Sie kommen ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit tagtäglich unter großem Druck nach. Immer weniger wollen deshalb diesen Beruf ergreifen. Das Land muss im Interesse der steirischen Kinder und Familien handeln.

Auslöser für den Gang an die Öffentlichkeit war ein Urteil gegen einen Kindergarten, in dem sich ein Kind beim Turnen verletzt hat. Die Pädagogin war mit einer zu großen Gruppe allein. Es liegt auf der Hand: Wir brauchen eine deutliche Senkung der Kinderhöchstzahl und eine Freistellung von Leiterinnen in größeren Einrichtungen. Mehr Vorbereitungsstunden sind ebenso nötig, aber auch mehr Krankenstandsvertretungen, damit es nicht immer wieder zu Unterbesetzungen kommt. Auch für eine angemessene Bezahlung kämpfen die Pädagoginnen schon lange. Zur Recht: Ich finde es beschämend, dass jene, denen wir unsere Kinder anvertrauen weniger verdienen, als jene, denen wir unser Geld anvertrauen.

Die KPÖ hat auf diese Mängel aufmerksam gemacht. Zuletzt wurde im Juli 2017 ein Antrag mit genau diesen Forderungen eingebracht. Eine Stellungnahme der zuständigen Landesrätin Ursula Lackner (SPÖ) ist noch ausständig. Es muss offenbar erst etwas passieren, damit reagiert wird.

Wir haben 2007 als einzige Partei gegen viele Verschlechterungen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen gestimmt. Und wir sind nach wie vor davon überzeugt: Eine gute Kinderbetreuung ist eine der wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Die Qualität der Betreuung wird durch die hervorragende Arbeit der PädagogInnen sichergestellt, die Politik muss für die Rahmenbedingungen sorgen. Diese müssen dringend verbessert werden! Es ist erfreulich, dass sich Landesrätin Lackner und die Parteien im Landtag dazu bekennen. Aber es wird darauf ankommen, was wirklich umgesetzt wird.

LABg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle
Lagergasse 98a, 8020 Graz

für Kleinkunst, Theater-,
Tanzaufführungen,
Lesungen, Hochzeiten uvm.
Großer Saal, 280 m²

Anfragen:

kurt.bauer@volkshaus-graz.at
Tel. 0664 / 21 31 431

www.volkshaus-graz.at

VOLKSHAUS GRAZ
LJUDSKIDOM GRADEC



KPÖ für Rückkehr zur Wohnbeihilfe

Die 2016 in der Steiermark eingeführte Wohnunterstützung ist kein geeigneter Ersatz für die unter Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) abgeschaffte Wohnbeihilfe. KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler fordert deshalb eine Rückkehr

zur Wohnbeihilfe. Da bei der Berechnung der Wohnunterstützung die Familienbeihilfe als Einkommen gerechnet wird, versagt das System. Die KPÖ macht sich für die Abschaffung dieser ungerechten Regelung stark.

Österreich nach der Nationalratswahl

Große Veränderung – aber nicht zum Guten

Kurz hat sich im Wahlkampf als Gegner des Systems inszeniert und damit die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt. Funktionierte es trotzdem.

Viele Menschen wollen Veränderung. Sebastian Kurz und auch die FP haben ihnen Veränderung versprochen und mit diesem Versprechen die Wahl gewonnen. Jetzt wird es große Veränderungen geben – aber nicht zum Guten. Das ist das Hauptergebnis der Nationalratswahl vom 15. Oktober.

Im alten Rom gab es das Sprichwort, dass man politischen Rednern nicht auf den Mund, sondern auf die Hände schauen soll: Es geht nicht darum, was jemand verspricht, sondern darum, was jemand tut. In die Sprache der politischen Werbung des 21. Jahrhunderts übersetzt heißt das, dass jeder Wahlkampf eine „große Erzählung“ braucht. Was nicht dazu gesagt wird: Diese Erzählung knüpft, wenn sie gut ist, zwar an der Lebensrealität der Mehrheit an, hat damit aber in Wirklichkeit nichts zu tun.

Die im Wahlkampf aufgedeckte Strategieplanung des Sebastian Kurz zeigt das deutlich: In diesen Papieren wird die Unzufriedenheit sehr vieler Menschen mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich genau analysiert und empfohlen, dass sich der Kandidat

Die „großen Erzählungen“ eines Wahlkampfes sind meist Schall und Rauch. Man sollte nicht darauf achten, was die Politiker sagen, sondern was sie tun.

als Gegner des Systems inszenieren solle. Das Schlüsselwort dafür war Veränderung. Dass damit die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt wurde, spielte keine Rolle. Entscheidend war: Es hat funktioniert.

Warum? Ohne die Rolle der Bewusstseinsindustrie und die Macht der (im Eigentum großer Konzerne stehenden) Medien zu analysieren, kann man nicht begreifen, warum Millionen von Menschen bei Wahlen nicht anhand ihrer Alltagserfahrungen entscheiden, sondern so abstimmen, wie es die große Erzählung gleichsam vorschreibt.

Von Kreisky zu Kurz

Das Wahlergebnis vom 15. Oktober lässt sich nur mit dem Wahlsieg von Bruno Kreisky im Jahr 1970 vergleichen. Aber es gibt einen riesigen Unterschied:

Damals gab der Regierungswechsel den Anstoß für soziale und demokratische Reformen. Ohne die Grundlagen des gesellschaftlichen Systems anzutasten, wurde der Spielraum für Verbesserungen genutzt, die der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kamen.

2017 hat der Sieg von ÖVP und FP die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen, den Sozial-

Demokratieabbau – wie er in den Papieren der EU festgeschrieben ist – zu beschleunigen und qualitativ auf eine neue Ebene zu stellen. Es ist mit einem Angriff auf Gewerkschaften und Arbeiterkammer zu rechnen.

Weggezaubert

Um – zumindest am Anfang – eine Zustimmung vieler Menschen für diesen Kurs zu erreichen, ist eine andere „große Erzählung“ besonders wichtig: Alle Probleme, sei es mit dem Wohnen, mit dem Arbeitsplatz und mit der sozialen Versorgung, werden damit verknüpft, dass ausschließlich die „Fremden“ und die Zugewanderten dafür verantwortlich wären. Um von den Hauptkonflikten in der Gesellschaft abzulenken, wurden

immer schon Sündenböcke benötigt. Die Verantwortung unseres ungerechten gesellschaftlichen Systems, der Regelungen der EU und der Politik der Regierung werden damit gleichsam weggezaubert.

Wenn „unsere Leute“ schließlich merken werden, dass der Sozialabbau auch sie selbst trifft, dann wird es zu spät sein. Es ist nämlich so, wie Claudia Klimt-Weithaler noch am Wahlabend betont hat: „Egal, wie die Regierung konkret aussehen wird, eines ist sicher: Es wird massive Einschnitte ins Sozialsystem und Angriffe auf die Rechte der arbeitenden Menschen geben. Banken und Konzerne können über das Wahlergebnis jubeln. Vielen Menschen in Österreich stehen harte Zeiten bevor.“

Franz Stephan Parteder



ZITIERT

„Ich habe den Eindruck, dass im vergangenen Wahlkampf Inszenierung und Marketing den Sachbereich dominierten.“

Reinhold Mitterlehner, ÖVP, Oberösterreichische Nachrichten. 17.10.2017

„Wahlversprechen werden ja nur für den Wahlkampf gegeben und um Aufmerksamkeit zu erhalten.“ Martin Sonneborn. Die Partei. 11. 10. 2017

SIE SCHWIMMEN IM GELD Parteienförderung: Die aktuellen Zahlen

Förderung nur für die Parteien im Nationalrat. Für Vertretungen im Europaparlament, in Ländern oder Städten gibts Extra-Parteienförderungen

ÖVP	18,5 Millionen Euro/Jahr
SPÖ	16,2 Millionen Euro/Jahr
FP	15,6 Millionen Euro/Jahr
Neos	5,3 Millionen Euro/Jahr
Pilz	4,8 Millionen Euro/Jahr

(Quelle Wiener Zeitung)

Dienstzuteilung wider Willen

Eine Geschichte aus dem Vollzug

Stellen Sie sich vor, Sie entscheiden sich, Beamter zu werden. Stellen Sie sich weiter vor, das auch noch in Uniform zu tun. Und jetzt stellen Sie sich vor, Sie sind eine Frau und werden diese Uniform im Gefängnis tragen.



Eine Kollegin hat sich dazu entschlossen, sich der Herausforderung zu stellen und – circa 100 km von zu Hause entfernt – in Graz als Justizwachebeamtin Dienst zu versehen. Es ist gut, wenn eine Stadt wie Graz Zuzug erfährt.

Die Justizanstalt Graz-Jakomini war in letzter Zeit immer wieder in den Medien. Und zwar nicht, weil sie so gut geführt wird oder man hier perfekte Arbeitsbedingungen oder besonders kompetente Vorgesetzte vorfindet, sondern eher wegen sehr spezifischer Probleme, derer sich die oberste Dienstbehörde schon angenommen hat. Vor allem, indem man Personal aufstockt. Zum Beispiel mit eben dieser jungen Justizwachebeamtin.

Dienstzuteilung

Nun ist es aber so, dass die Justizwachebeamtin nach gerade

ein paar Tagen Dienst in Graz Ende September erfahren hat, dass sie ab 1. Oktober nach Garsten bei Steyr zugeteilt werden soll. Steyr ist unbestritten eine schöne Stadt. Und rein rechtlich ist eine Dienstzuteilung für drei Monate auch gegen den Willen der Beamtin gesetzlich möglich. Aber ist sie deswegen schon in Ordnung?

Die Frau, von der hier die Rede ist, hat sich gerade in Graz als neuen Lebensmittelpunkt eingerichtet. Wie das halt so ist: Mit einer gar nicht so günstigen Wohnung, die sie jetzt auch noch für die nächsten drei Monate als leere bezahlen wird.

Ein menschlicher Umgang mit Bediensteten sieht anders aus. Dazu

gehört eben auch, die persönlichen Umstände zu berücksichtigen.

Gerade bei Beamten wird immer wieder vergessen, dass die Arbeitszufriedenheit großen Einfluss auf die Leistung hat. Leichter ist es dann oft, in den allgemeinen Chor einzustimmen und zu behaupten: Was wollen die? Die haben eh einen sicheren Job.

Bedenken sollte man hier, dass es immer, wenn man am Schreibtisch Planstellen bzw. Posten verschiebt, um Menschen geht, mit menschlichen Bedürfnissen.

Das Verständnis und Einfühlungsvermögen, das man im Strafvollzug von den Beamten verlangt, sollte man ihnen auch zukommen lassen.

KOMMENTAR



Auch Beamte sind Menschen

In den letzten Jahren ist in Österreich zwar die Bevölkerung und der Verwaltungsaufwand gewachsen, aber der Beamtenstand im Vergleich dazu nicht im gleichen Maße verstärkt worden.

Beamte sind immer wieder Thema im Wahlkampf. Die meisten meinen, es gebe zu viele von ihnen und der ganze Apparat sei zu starr.

Das gilt vielleicht fürs System, nicht aber für den einzelnen Beamten.

Ganz attraktiv ist vor Wahlen aber auch die Forderung nach mehr Personal für die Exekutive.

Oft gerade von denen, die dann nach der Wahl die meisten Planstellen wieder einsparen.

Hier wird immer wieder die Justizwache vergessen.

Vor dem Gesetz, sagt man, seien alle gleich. Was aber geschieht dahinter? Wo kommen all die Leute hin, wenn man sie wegsperret? Und vor allem: Wer kümmert sich um sie? Die Justizwache leistet hier einen guten Job, unter oft widrigsten Bedingungen. Arbeit für die Sicherheit der Bevölkerung, die sich unabhängig von Wahlen Anerkennung und Wertschätzung verdient ...

meint Ihr
Horst Alic

Horst Alic ist Personalvertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks in der Justizanstalt Jakomini und KPÖ-Gemeinderat in Graz.

La Strada Ferrata - TRIEST ZU GAST

Ein Triest-Nachmittag im Gasthaus Buchmesser in der Triestersiedlung.

„La Strada Ferrata“ lautete der Titel der Veranstaltungsreihe, die sich mit der Bedeutung der Bahnverbindung zwischen Graz und Triest befasste. Im Gasthaus Buchmesser führte Kultur- und Triest-Experte **Gerhard Dienes** zusammen mit ORF-Moderator **Gerhard Grundner** durch den Nachmittag. Krimi-Autor **Veit Heinichen** las aus seinem neuesten Krimi „Scherbengericht“ und zauberte den zahlreichen Besuchern

die Atmosphäre seiner launig-authentischen Triest-Krimis in die Gaststube. Musikalisches Highlight war der russische Bariton **Igor Morosoff** mit Arien von Puccini,

Verdi und „Bella Ciao“. Die Veranstaltung klang gemütlich im Gastgarten aus, wo Köstlichkeiten aus dem Karst genossen und Triest-Erinnerungen ausgetauscht wurden.

Festgäste bei
Triestiner
Fischsuppe und
Antipasti



Bild und Text Philipp
Braunegger

Grazer Traditionsbetriebe: Bäckerei Brandl

Einblicke in Geschichte und Alltag eines Familienbetriebs

Seit 67 Jahren betreibt die Familie Brandl ihre Bäckerei in der Herrgottwiesgasse, und das, obwohl es für kleinere Betriebe nicht leichter geworden ist.

„Bis ins Jahr 2000 hatten wir die glorreichen Zeiten, heute müssen wir mehr arbeiten, nur um das Bestehende zu erhalten“, erzählt Manfred Brandl, Seniorchef der Traditionsbäckerei Brandl in der Herrgottwiesgasse 41. Herr Brandl, 74 Jahre alt, blickt auf ein arbeitsreiches Leben zurück, das immer eng mit dem Bäckereigewerbe verbunden war: Schon Vater Christian, ein Müller, hatte 1936 eine kleine Bäckerei in St. Peter am Ottersbach gegründet, später eine Geschäftslokal in der Herrgottwiesgasse 7 gepachtet und dann bis 1950 die Heeresbäckerei am Felix Dahn-Platz betrieben.

Im selben Jahr hat er die Bäckerei am heutigen Standort eröffnet. Das Haus, in dem sich die Bäckerei befindet, ist ein alter Bauernhof, der umgebaut wurde.

Manfred Brandl erinnert sich an eine Kindheit mit „Bergen von Wiener Semmeln, jede Menge Brot, einen vollgepackten PKW, mit Semmeln auf den Kotflügeln!“

Er hat beim Vater gelernt und die Bäckerei 1969 übernommen. Man hatte 7 bis 8 Mitarbeiter (Backstube, Zustellung, Verkauf) und belieferte viele kleine Greißler, „die es heute allesamt nicht mehr gibt“. Es waren gute Zeiten, „oft sind die Leute ab dreiviertel sechs

Schlange bei uns gestanden.“ Aber die Konkurrenz ist größer geworden, nicht zuletzt durch die zahlreichen Supermärkte, die weniger Qualität billiger verkaufen.

Herr Brandl: „Eine Familie mit drei Kindern kauft nicht bei uns ein. Es gibt ein Bäckersterben, da müsste der Staat zugunsten der kleineren Betriebe eingreifen.“

Aber Herr Brandl hat das in der guten Zeit verdiente Geld gut angelegt und in den Betrieb investiert, unter anderem in eine Semmelmaschine um damals 2,5 Millionen Schilling. Oder 1989 in einen kleinen Cafehausbereich, der 1997 vergrößert wurde und heute für den Betrieb lebensnotwendig ist.

Tochter Bianca, die schon als kleines Mädchen in der Bäckerei geholfen hatte, schaukelt das Cafe und den Verkauf im Geschäft: „Die Leute kennen mich von klein auf und tratschen gern mit mir.“ Bis zu ihrem 21. Lebensjahr war sie im Büro bei PEWAG, 1991 ließ sie sich umschulen, wurde 1993 Bäckermeisterin und erwarb auch die Gastgewerbe-Konzession. Ihre Söhne (Max und Moritz!) wollten nicht ins Bäckereigewerbe, denn die Arbeit ist sehr schwer und zeitintensiv. Bianca unternimmt ab und zu Kurzurlaube am Wochenende, ihr Vater ergänzt: „Mein Urlaub ist der Sonntag!“

Ein typischer Arbeitstag für die Familie Brandl beginnt um 23.30 Uhr, wenn Herr Brandl die Gärmaschine entleert und die Ware zum Backen bereitstellt. Um 1.00 Uhr kommt der Ofenarbeiter zum Semmelbacken, um 2.15 fährt Bianca mit dem ersten Gebäck aus. Um drei Uhr beginnt das



Seniorchef Manfred Brandl und Tochter Bianca

Brotbacken, dann kommen noch die „Feinheiten“, wie zum Beispiel Mehlspeisen. Zwei Mal pro Woche fährt Herr Brandl Privatkunden an, teilweise Stammkunden seit 40 Jahren. Um 18.30 Uhr geht er schlafen: „Früher bin ich sofort weggeschlafen, heute tu ich mir mit dem Einschlafen schwer.“

Die meisten kleinen Geschäfte in der Gegend sind weg, warum gibt's die Bäckerei Brandl noch? Herr Brandl führt das auf „Fleiß, Einsatz und Freude“ zurück. Und tatsächlich strahlen er und seine Tochter aller harten Arbeit zum

Trotz spürbare Freundlichkeit und Liebe zu ihrem Beruf aus. Mit seinen 74 Jahren ist Herr Brandl noch sehr rüstig. Seit kurzem hat er ein künstliches Knie, das weh tut und ihn etwas hinken lässt, trotzdem erzählt er uns zum Abschied: „Theoretisch, wenn's hart auf hart geht, könnte ich die Arbeit in der Backstube allein schaukeln.“

Er führt uns durch die saubere, sehr gepflegte Backstube in den Hof, der von einem stattlichen Nussbaum beherrscht wird, den die Familie 1950, im Jahr der Gründung der Bäckerei, gepflanzt hat.



Alte Ansicht der Bäckerei in der Herrgottwiesgasse 41

Bäckerei Brandl, Mitte 1960er: Viele Menschen sind in unterschiedlichen Funktionen durch den Betrieb gegangen.



Adieu Weblinger Stumpf

Die Geschichte einer Autobahnbrücke

Jahrzehntelang war der Weblinger Stumpf Mahnmahl eines verfehlten Verkehrskonzeptes, das im letzten Moment durch den Widerstand der Grazer Bevölkerung verhindert wurde.

Der Weblinger Stumpf – das waren die ersten Meter der Grazer Stadtautobahn, die letztlich zugunsten des Plabutschtunnels nicht gebaut wurde. Im heurigen Sommer wurde der Weblinger Stumpf abgetragen. An seiner Stelle wurde Anfang Oktober eine neue vierarmige Kreuzung eröffnet, die den Weblinger Kreis mit der Kärntner Straße verbindet.

Brücke für Stadtautobahn

Nur wenige kennen die Geschichte des Weblinger Stumpfs, dieser sonderbaren Brückenkonstruktion über die Kärntner Straße mit P&R-Begleitnutzung. Kein Wunder, wurde diese doch schon im Jahr 1971 errichtet. Ein Jahr davor hatten ÖVP und SPÖ im Gemeinderat beschlossen, die Pyhrnautobahn von Eggenberg bis Strassgang mitten durch die Stadt zu führen. Der Weblinger Stumpf war als Brücke für diese Stadtautobahn konzipiert.

Doch die Bevölkerung bekam Wind von der Sache und es formierte sich eine Bürgerinitiative, die gegen die „Zerschneidung“ der Stadt protestierte. Auch die KPÖ unter Walter Kosmus übernahm diesen Standpunkt und unterstütz-



(Foto: Markus Kaiser)

Elke Kahr bei der Eröffnung der neuen Weblinger Kreuzung mit zwei Mitgliedern der Musikkapelle des Landesstraßenerhaltungsdienstes.

te den Schutzverband gegen die Autobahn in Eggenberg.

Massiver Protest

Die Allianz gegen das Wahnsinnsprojekt verhalf der Bewegung zum Erfolg: 37.000 waren es schließlich, die das „Volksbegehren gegen die Pyhrn-Stadttrasse“ unterschrieben. Im Jänner 1973 übergab die Bürgerinitiative die Unterschriften an den damaligen SPÖ-Bürgermeister Scherbaum. Doch statt das Volksbegehren vor den Wahlen im Februar in den Gemeinderat zu bringen, äußerte Scherbaum Zweifel an der Gültigkeit der Unterschriften und kündigte eine genaue Überprüfung aller Stimmen an.

Das empörte die Öffentlichkeit so, dass die SPÖ bei den Wahlen am 25. Februar 1973 eine verheerende Niederlage erlitt. Damit war

die Stadtautobahn Geschichte. Stattdessen wurde 1975 – nach einer Volksbefragung – der Plabutschtunnel errichtet, der 1987 schließlich für den Verkehr freigegeben werden konnte.

Neue Gefahren

Das letzte Relikt, das an dieses verfehlte Verkehrskonzept im Grazer Westen erinnert, ist mit dem Weblinger Stumpf beseitigt. Eine Autobahn mitten in der Stadt? Der Gedanke erscheint uns heute absurd. Wer aber glaubt, dass politische Verfehlungen auf dem Verkehrssektor heute nicht mehr passieren können, irrt.

Zwei Beispiele:

1. Die schwarz-blaue Stadtkoalition plant eine Tiefgarage unter dem Eisernen-Tor-Brunnen. Die 40 Meter tiefe „Regalgarage“ würde weiteren KFZ-Verkehr ins Zentrum ziehen.
2. Erst im September haben ÖVP und FPÖ im Gemeinderat 500.000 Euro an Planungsgeldern für ein Gondelprojekt über den Plabutsch beschlossen. Zugleich fehlt das Geld für die dringend notwendige Straßenbahnlinie Nr. 8 in den Grazer Südwesten.

Es gilt also, wachsam zu bleiben, damit Projekte, die die Rendite der Investoren über den Nutzen für die Bevölkerung stellt, nicht umgesetzt werden.



Nachdem es draußen spürbar kälter wird, widmen wir uns in dieser Ausgabe der Frage, wie man seine Heizkosten (ca. 900 Euro/Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt) mit einfachen Handgriffen senken kann – ohne sich Frostbeulen einzufangen.

Besonders wirksam ist häufiges Lüften mit komplett geöffneten Fenstern und abgedrehtem Thermostatventil, anstatt die Fenster dauerhaft gekippt zu halten. Grundsätzlich sollte der Heizkörper möglichst frei stehen und nicht von Möbeln oder Gardinen verdeckt sein.

Die Raumtemperatur sollte der Nutzung angepasst werden, Wohnräume zwischen 20-23°C (Stufe 3) und Schlafräume zwischen 18-19°C (Stufe 2). Die Temperatur um nur 1°C zu senken, spart ca. sechs Prozent Heizkosten. Bei längerer Abwesenheit oder über Nacht sollten die Rollläden geschlossen sein und eine Temperaturabsenkung durchgeführt werden. Dabei ist darauf zu achten, die Räume im Winter nicht zu sehr auskühlen zu lassen, um ein Schimmeln der Wände zu verhindern. Zuletzt empfiehlt es sich, zur Überwachung von Temperatur und Luftfeuchtigkeit ein Hygrothermometer zu verwenden (Kostenpunkt ca. 10€) und auch zu Hause einen Pullover statt nur ein T-Shirt zu tragen.

Von Gabi und Gernot

„ENERGIESPAREN ZUM WEITERSAGEN“

Kontakt: karin.dullnig@ecoversum.at
Tel. 0664/231 8626



EU-Aufrüstung: Auch Österreich auf Kriegskurs

Die Spitzen der EU setzen auf verstärkte Hochrüstung. Und Österreich macht bei diesem gefährlichen Kurs mit.

Alle Reden und Beschlüsse der letzten Wochen zeigen: Die EU ist kein Friedensprojekt. Der EU-Gipfel im Juni hat den Hochrüstungskurs der EU bekräftigt. Das Stadtblatt hat darüber berichtet. Seither ist einiges geschehen, was die Öffentlichkeit eigentlich noch mehr alarmieren sollte. Der Französische Präsident Macron erklärte in seiner von den Medien bejubelten Grundsatzrede, zu Beginn des nächsten Jahrzehnts brauche Europa eine gemeinsame Eingreiftruppe, es müsse über einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt verfügen und einer gemeinsamen Leitlinie folgen.

Verteidigungsminister Doskozil (SPÖ) erklärte im Einvernehmen mit Sebastian Kurz beim EU-Verteidigungs- und AußenministerInnen-Treffen in Tallinn (7. 9. 2017), dass sich Österreich an der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) der EU beteiligen wird. Was ist diese SSZ? Die SSZ bedeutet die Bildung eines militärischen Kerneuropas, zu dem

sich jene EU-Staaten zusammenschließen, „die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind.“ (EU-Vertrag, Art. 42, Abs. 6). Im Klartext: Es ist ein innerer EU-Machtzirkel, in dem sich jene zusammenfinden, die besonders ambitioniert hochrücken und die bereit sind, ihre Soldaten rund um den Globus in blutige Kriege zu schicken.

Kerneuropa

Die EU-Machteliten haben ein besonderes Interesse an der Bildung dieses militärischen Kerneuropas, weil sie damit das Einstimmigkeitsprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik, das bislang noch so manchen EU-Kriegseinsatz und Aufrüstungsschritt verhindert hat, umschiffen wollen. Mit der SSZ wird Druck zur Steigerung der Rüstungsbudgets ausgeübt und der nächste Schritt in Richtung des Aufbaus einer imperialen EU-Armee gesetzt.

Schon die bisherige Teilhabe Österreichs an der EU-Außen- und Sicherheitspolitik steht in diametralen Widerspruch zur



Die Teilnahme an der EU-Armee ist ein klarer Verfassungsbruch.

österreichische Neutralität (z.B. Teilnahme an EU-Battlegroups, EU-Verteidigungsagentur usw.). Mit der Teilnahme an der SSZ wird die Demontage der Neutralität verschärft. Das ist ein weiterer massiver Anschlag auf die österreichische Neutralität, die nach wie vor im Verfassungsrang steht. Die Teilnahme an diesem militärischen Kerneuropa ist gekoppelt an die Bereitschaft, Milliarden für Aufrüstung zu investieren und Menschenleben aufs Spiel zu setzen.

Es ist nicht zu erwarten, dass die neue Regierung von diesem Kurs abweicht. Im Gegenteil: FP-Chef Strache hat sich im Frühjahr ebenfalls für eine EU-Armee ausgesprochen.

(Nach Materialien der Linzer Werkstatt für Frieden und Solidarität)

Die korrupten Eurofighter-Geschäfte des Bundesheeres wurden noch unter dem Vorwand gemacht, Österreichs Neutralität verteidigen zu müssen. In einer Zeit, in der sich die EU als Militärbündnis präsentiert, ist Neutralität wichtiger denn je.



ZITIERT

Die deutsche Dominanz zerstört den Süden, von dort kommen Flüchtlinge, gegen sie kann man diejenigen mobilisieren, die fürchten, hierzulande zu Verlierern zu werden. Georg Fülberth, Junge Welt, 25.9.17.

Die wahren Alternativen für den Brexit liegen auf dem Tisch: Entweder gibt es einen chaotischen Tory-Brexit, der die Standards senkt. Oder einen Labour-Brexit, der die Arbeitsplätze in den Mittelpunkt rückt, einen Brexit für die Vielen, einen, der uns einen unbeschränkten Zugang zum Binnenmarkt sichert und eine neue kooperative Beziehung zur EU etabliert. Jeremy Corbyn, Labour-Chef, 3.10. 2017.

Sebastian Kurz will tiefe Einschnitte bei der breiten Bevölkerung. Im Gegenzug möchte er Steuern senken – doch für wen? Am liebsten spricht er über die Reduktion der Lohn- und Einkommensteuer. Doch die ärmere Hälfte der Erwerbsbevölkerung zahlt diese Steuer aufgrund von geringen Löhnen, Teilzeit oder Arbeitslosigkeit gar nicht. Sie hätte von der Senkung nichts, Großverdiener dafür umso mehr. Lukas Oberndorfer, mosaik blog, 13. Oktober 2017.

„Wir brauchen eine öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die sich am gesellschaftlichen Bedarf ausrichtet, und nicht am Profitstreben von Konzernen und Banken.“ Sahra Wagenknecht, 6.10. 2017.

Die EU
kommt
uns zu
teuer!



Ein Paradies der Reichen

Steuerflucht: 225 Milliarden Dollar pro Jahr – bezahlt von uns allen

„Auf welchem Grund ist das Paradies der Reichen gebaut? Auf einer Hölle für die armen Menschen.“ Die französische Gewerkschaft CGT findet einen drastischen Vergleich für den Abgrund, der nach den Enthüllungen der Steuervermeidungstricks von Großkonzernen, Spitzenpolitikern, von Größen des Sports und von anderen Superreichen bekannt geworden ist.

Die sogenannten Paradise Papers zeigen wirklich paradisiische Zustände für diese winzige Minderheit auf.

Insgesamt bunkern Konzerne und Superreiche 8,9 Billionen Euro auf Konten in Steuerparadiesen. Den Nationalstaaten entgehen auf diese Weise 60 Milliarden Euro jährlich. Das österreichische Budget könnte auf einen Schlag saniert und wichtige soziale Maßnahmen wären mit Leichtigkeit finanzierbar, wenn es ganz oben eine moralische Haltung und soziale Verantwortung gäbe.

Wer steht auf der Liste der Steuerflüchtigen ganz oben? Es sind dies die größten Konzerne: Apple, Microsoft, Nike, der Pharmakonzern Merck und so weiter. Dass aus Österreich ein Ex-Kanzler, Alfred Gusenbauer, in der Liste auftaucht, wundert da nicht mehr.

Aber auch die britische Königin, der Rocksänger Bono oder Formel-1-Weltmeister Hamilton sind betroffen.

Das alles liegt jetzt auf dem Tisch. Wirkliche Konsequenzen wird es nicht geben. Die Riesensummen kommen nämlich nicht aus dem Nichts. Sie sind das Ergebnis der Arbeit von Men-



Vor 46 Jahren: Der Spiegel berichtet auf der Titelseite. Die Regierungen haben nichts gegen die Steuerflucht unternommen.

schen, die mit Niedriglöhnen abgespeist und Tag für Tag mit neuen Einschnitten konfrontiert werden.

Vor über 200 Jahren wurde der Widerspruch zwischen dem immensen Reichtum einer kleinen Schicht und dem Elend der Massen zum Auslöser für die Revolution in Frankreich. Im 21. Jahrhundert sieht es so aus, als ob sich vor unseren Augen ein ähnlicher Widerspruch aufbauen würde.

Davon war in den vergangenen

Paradies Papiere

Als Paradise Papers werden vertrauliche Unterlagen der Anwaltskanzlei Appleby und des kleineren Treuhandunternehmens Asiatic Trust bezeichnet. Sie stellen in tausenden Fällen dar, wie Steuervermeidung und Steuerhinterziehung von einigen der weltweit größten multinationalen Konzernen und Milliardären mittels Verschleierung, Splittung und Geldwäsche betrieben werden.

Dazu wurden Briefkastengesellschaften gegründet und Steueroasen genutzt. In den geleakten Unterlagen finden sich Datensätze zu mehr als 120 Staats- und Regierungschefs und Politikern aus 47 Ländern, darunter auch die britische Königin Elisabeth II. sowie US-Handelsminister und Multimillionär Wilbur Ross. (Quelle: Wikipedia)

Wahlkämpfen aber keine Rede. Und man kann sicher sein: Wenn es in einigen Monaten ein „Sparpaket“ der neuen Regierung geben wird, dann werden die größten Abkassierer und Steuervermeider wieder verschont werden.

Steuerflucht und Budgetdefizit in Europa



Quelle: EU-Kommission

KONTRAST.at



100 Jahre Oktoberrevolution

Vor 100 Jahren erhoben sich die Völker Europas gegen den Krieg. Besser die Gewalt gegen die „eigenen“ Eliten richten als gegen die eigenen Leute. In Österreich-Ungarn endete der Aufstand in Zersplitterung und Kleinstaaterei, in Russland konnte das Experiment einer antikapitalistischen Ordnung länger aufrechterhalten werden. Der Stern der Hoffnung bleibt. Das zeigte eine Aufführung der Proletenpassion im Volkshaus der KPÖ in Graz anlässlich des 100sten Jahrestages des Roten Oktober 1917.

www.volkshaus-graz.at



So, 19. November 2017, 15 Uhr*

»Don Kosaken Morosoff«
Traditionelle Lieder und Tänze der Kosaken mit Natalia & Igor Morosoff



Di, 21. Nov. 2017, 18:30 Uhr

prol.kino zeigt: »Sumé.
The Sound of a Revolution«
Filmvorführung mit einleitenden
Worten von Georg Fuchs
Bei freiem Eintritt.



Fr., 1. Dez. 2017, 19:30 Uhr

Kuba im Wandel
Vortrag zur aktuellen Situation in
Kuba mit **Mike Wögerer**, **Jessi-
ca Müller** und der kubanischen
Botschaftsrätin **Marieta García
Jordán**.

Fiesta Cubana im Anschluss.
Bei freiem Eintritt.



Fr., 19. Jänner 2018, 18:00 Uhr

*Richard Zach: Den andern
Weg gegangen*

Lesung und musikalische Collage
Einführung: **Karl Wimpler**
(Heraus-
geber)

**Christian
Teissl**
(Schriftstel-
ler, Graz)
Musikthe-
ater: Ge-
schichten
im Ernst
(Wien)



**Mo., 22. Jänner 2018
18:30 Uhr**

*100 Jahre Jännerstreik 1918:
Der größte Streik in der
Geschichte Österreichs*

Vortrag von Univ. Prof. Dr. Hans
Hautmann



<http://kpoe-bildungsverein.at/>



Karacho mit Kirsche:
die schönsten Melodien der 80er-Jahre
bei der Volkshaus Redoute.

**Christian Masser
& Freunde**
Freitag 22.12.2017, 19.30 Uhr

**KPÖ-Bildungszentrum
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Eintritt: € 13,- VVK/€ 15,- AK**

**Info & Karten:
KPÖ, Tel. 0316/712959 und 0316/712479,
Zentralkartenbüro**

Der Grazer Sänger und Gitarrist **Christian Masser** nimmt sein traditionelles Weihnachtskonzert zum Anlass, um das 25-jährige Bühnenjubiläum zu feiern. Und das mit zahlreichen musikalischen Freunden: Allen voran Bruder Robert Masser, mit dem er im Frühjahr 1992 sein erstes Konzert in der „Dietrichskeusch’n“ bestritten hat. **Kurt Bauer** (Geige), **Gerhard Steinrück** (Kontrabass) und **Fabian Steinrück** (Schlagzeug) sind allesamt langjährige Weggefährten und runden das Ensemble ab.

GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags-
und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax
0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at //
DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informations-
blatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium**
und dient der Information
der steirischen Bevölkerung
im Sinne der Arbeit der
KPÖ Steiermark.



Tanzkurs für alle



Thessa Hinteregger und Iliyan Donchev

Foto: Kanizaj Marija

Die **Tanzschule Iliyan Dochev** (www.donchev.at) bietet als Einstimmung für die **Volkshausredoute 2018** am 27. Jänner Tanzkurse für Balltäger und solche die es noch werden wollen an.

Die Teilnahme ist für Besitzer von Sozial-, - oder Kulturpass kostenlos, ansonsten wird um eine freiwillige Spende gebeten.

Um Enttäuschungen zu vermeiden, bitten wir rechtzeitig für die Tanzpartnerin/den Tanzpartner zu sorgen.

Der Kurs ist in drei Einheiten aufgeteilt:

- So. 07. Jänner 2018:** Boogie und Cha-Cha-Cha
- So. 14. Jänner 2018:** langsamer Walzer und Discofox
- So. 21. Jänner 2018:** Foxtrott und Salsa

Beginn: jeweils ab 11 Uhr, Dauer pro Tanzeinheit 2 Stunden
 Ort: Bildungsverein der KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz
 Anmeldungen bitte unter: office@donchev.at, 0664/6581 959
 oder bl-graz@kpoe-graz.at, 0316/71 24 79

Kleinanzeigen

Verlässlicher, geschickter **Handwerker** sucht Verdienstmöglichkeit(en) zB. Kleine Reparaturen, Instandhaltungstätigkeiten etc.
 Tel. 0688/605 60947.

• Leibstuhl (mit Rädern) (€ 50,-)



Zu verkaufen:

• Rollstuhl / faltbar (Kat. I - bis 100 kg) (€ 50,-)



• Rollator (€ 40,-)



Abzugeben einzeln oder im Paket. Preis entweder € 140,- gesamt oder einzeln. Anfragen Tel. 0650 /210 16 17 (Abholung in Graz).

MUNDWERK & SCHLAGWERK

Mit **Ernst Grieshofer** www.ernestosgrooveclub.com
 und **Jörg-Martin Willnauer** www.derkahlesaenger.com

Ein subversiver Abend gegen ein totalitäres System

Do. 23.11. 2017, 19.30 Uhr

Im Foyer von Radio Helsinki.

Eintritt: Freie Spende



Neue Gynäkologin in Gries

Dr. Schahrazad Anegg-Moazedi
 Fachärztin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
 Privat und alle Kassen
 Gesundheitszentrum Citypark

Druckzeug
 Druckwerkstätte im Annenviertel

KOMMEN SIE SCHON FRÜH MITTAM

Wir suchen: **Ehemalige Setzer-/DruckerInnen**, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten

Wir bieten: **Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative**

Mehr Infos über den Verein auf www.druckzeug.at
 Kontakt: office@druckzeug.at

WO: Buchdruckerei Bausert Annenstraße Hofstaub

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf.

Für Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter Tel. **0699 100 435 28**.

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF

AMSEL

www.amsel-org.info

Pizzeria Contra Punto
 Kosakengasse 9, 8020 Graz.
 Tel: 0699 / 81 537 867.

NÄCHSTE TREFFtermine:
immer Mittwoch -(14täglich)
Nächster T. 29. November
 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr.
 Die ehrenamtlich rund um die Uhr betreute Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis!
AMSEL-Hotline:
0681/102 703 42

Eine neue Form der Traumaauflösung über Ihr Zellwasser.

Hier geht's zur App:




Im November ist das Erstgespräch kostenlos!

wicasa winu®

Laden im **App Store**

JETZT BEI **Google Play**



KPO

RED:OUT Stammtisch.
 Offener Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat
 CAFE SILBER
 Schönaugasse 12
 Di. 5. September 2017
 18:30 bis 19.30 Uhr
 Jede/r ist willkommen!

Alles beim Alten – ANTIQUARIAT

Gebrauchte Bücher aus allen Bereichen.



Dienstag bis Freitag: 15 bis 19 Uhr
 Samstag: 10 bis 14 Uhr.

Kaiserfeldgasse 24 – Tel. 0650 / 22 42 903

RADIO HELSINKI
 Freies Radio Graz



92,6 MHz

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Sportstätte Alt-Grottenhof?

... interessanter Ansatz des obersten Grazer „Bauherren“:

die Gründe in Alt-Grottenhof nur für Sport umwidmen und nicht in ein Wohngebiet ...

Damit kriegt der LUV Graz endlich eine zeitgemäße Sportstätte (die natürlich auch diverse hochbauliche Objekte erfordert... No na!) - das ist im Sinne aller, denen unser Nachwuchs und dessen sportliche Betätigung, respektive die Möglichkeit dazu, am Herzen liegt.

Was dann wohl mit der derzeitigen LUV-Sportanlage passieren wird?

Ein Schelm, wer in die richtige Richtung denkt ...

Mit sportlichem Gruß, sollte man formulieren

Ing. Johannes Eisenberger

Tiefgarage Eisernes Tor

Ich lebe mit meinem Mann und meinen zwei Kindern (vier Jahre und zwei Jahre alt) in Graz. Kurzzeitig haben wir im Ausland gelebt, uns dann aber gegen einen sehr lukrativen Job dort und für Graz, mit einem viel bescheideneren Lebensstil, entschieden, weil wir diese Stadt sehr mögen und sie uns, vor allem für Kinder, als sehr lebenswert erschien.

In letzter Zeit müssen wir aber diesbezüglich viele Enttäuschungen hinnehmen. Letzter Tiefpunkt war das Murkraftwerk, jetzt ist es diese wahnwitzige Tiefgarage am Eisernen Tor. Diese Tiefgarage brauchen die GrazerInnen nicht!

Graz ist Feinstaubhochburg. Graz leidet an Verkehrsüberlastung. Alle ExpertInnen sagen seit Jahren einhellig: Die Grazer Innenstadt muss verkehrsberuhigt, der Öffentliche Verkehr muss ausgebaut/verbessert werden, das Radwegnetz ebenso - damit WENIGER Autos in die Stadt kommen. Mit dieser Tiefgarage erreicht man doch das

genaue Gegenteil! Ich habe das Gefühl, dass nichts getan wird, damit die Luft in Graz besser wird, die Verkehrssituation entspannt wird, Graz zu einer modernen Stadt der alternativen Mobilität wird.

Ich bin AUSSCHLIESSLICH mit Öffis und vor allem mit dem Fahrrad, mit Fahrradanhänger, mit meinen Kindern in der Stadt unterwegs. Wir brauchen mehr Platz! Ich weiß nicht, wie oft ich Angst um das Leben meiner Kinder habe, weil die Autos an uns vorbeibrausen und wir auf viel zu schmalen, nicht von der Fahrbahn abgetrennten oder nicht vorhandenen Radwegen unterwegs sind. Ich nehme großräumige Umwege in Kauf, damit wir so viel wie möglich Radwege benutzen können, aber oft fehlen schlicht und ergreifend die Verbindungen dazwischen. Es gibt so viele sehr gefährliche Stellen, die RadfahrerInnen überwinden müssen, um z.B. wieder auf einen Radweg zu kommen!

Wir ersticken buchstäblich in dieser Stadt. Bitte lassen Sie nicht zu, dass Nagl und Konsorten diese eigentlich so schöne Stadt endgültig an die Wand fahren. Derzeit bewegt man sich nämlich rasant in diese Richtung.

Diese Tiefgarage, ein High-Tech Prestigeprojekt, braucht kein Mensch. Die ganze Welt wird uns dafür nicht bewundern, sondern auslachen. Das ist nicht die Zukunft. Wir Mütter und Väter, die wir täglich durch diese stickige Stadt strampeln, mit unserem Einkauf UND den Kindern, von denen schon sehr viele an Asthma leiden, im Gepäck, alle Menschen, die mit dem Radl in die Arbeit fahren, bei Wind und Wetter, wir sind die Zukunft.

Danke, dass Sie so ein wichtiges Gegengewicht in dieser Stadtregerung darstellen. Ich vertraue darauf, dass Sie sich für die echten Anliegen der GrazerInnen weiterhin einsetzen.

Lisa Anna Wetzberger

Gesunde Nachbarschaft

Für das Projekt GESUNDE NACHBARSCHAFT – IN GEMEINSCHAFT ÄLTER WERDEN haben das Frauengesundheitszentrum und das Stadtteilzentrum Triester den Steirischen Qualitätspreis Gesundheit Salus 2017 bekommen. Ziel des Projektes war es, die Gesundheit von Menschen 50+ im Grazer Stadtteil Triester zu stärken, den Austausch von Bewohnern im Stadtteil zu fördern und sie dabei zu unterstützen, den Stadtteil nach ihren Bedürfnissen mitzugestalten. Das Grazer Stadtblatt und Elke Kahr gratulieren herzlich zur Auszeichnung!



v.l.n.r.: Verena Nussbaum, Gesundheitsplattform Steiermark und Obfrau der STGKK. Projektteam Gesunde Nachbarschaft – In Gemeinschaft älter werden: Christine Hirtl, Ulla Sladek, Barbara Predin, Elisabeth Hufnagl. Landesrat Christopher Drexler.

Copyright Gesundheitsfonds Steiermark/Hütter

Nationalratswahl: Keine Wahlverständigung

„Du hast auch noch immer keine Wahlverständigung bekommen? Die Wahl ist doch schon bald.“ Eine aufmerksame Waltendorferin wendete sich vor der Nationalratswahl an die KPÖ-Bezirksrätin. Einige Telefonate später schien sich abzuzeichnen, dass möglicherweise alle Waltendorfer und Rieser mit der Postleitzahl 8047 keine amtliche Wahlinformation zugestellt bekommen hatten. Beim Magistrat reagierte man zunächst ungläubig. Verschiedene Stellen erklärten, dass es immer wieder vorkomme, dass einzelne Briefe auf dem Postweg verloren gingen. Aber bei der Vielzahl von fehlenden Wahlinformationen – wie Bezirksrätin Lisbeth Zeiler inzwischen durch Herumfragen im Freundes-, Bekannten- und Verwandtenkreis festgestellt hatte – war klar, dass es sich nicht um Einzelfälle handeln konnte.

Wahlreferent Wolfgang Schwartz musste feststellen, dass da

wirklich „etwas passiert“ war. Rasch war überprüft, dass die Wahlinformationen ihren Weg zur Post gefunden hatten: Es gibt genaue Kontrollen inklusive Gewichtskontrolle, um solche Dinge nachzuverfolgen. Aber dann verlor sich die Spur. Als dann der Suchauftrag bei der Post erfolglos blieb, veranlasste Wahlreferent Schwartz die Neuerstellung der Briefe. Danach flatterten die amtlichen Wahlinformationen doch noch ins Haus.

Wählen ist zwar auch ohne Wahlverständigung möglich, aber man denke an die Aufregung in den Wahllokalen! Die amtliche Wahlinformation nutzt nicht nur dem Wähler, sondern hilft auch den Wahlbesitzern beim Auffinden der Wähler im Wahlverzeichnis.

Das Happy End in Waltendorf ist ein gutes Beispiel für die Bezirksdemokratie bzw. die Bezirksräte als niederschwellige Verbindung zwischen Bürgern und Magistrat.



Tiere suchen ein Zuhause

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Junior ist ein kastriert, im September 2016 geborener Staff-Rüde, der einen Einzelplatz braucht. Er ist ein aktiver und sehr verschmuster Kerl der sich nach seiner neuen Familie sehnt!



Carlos: ist ein ca. 4-jähriger, kastriert. Kater, der im Moment noch schüchtern gegenüber menschlicher Nähe ist. Er sucht einen Platz mit Freigang und wartet im Tierheim auf dich!



Shiela, ca. 8-9 Jahre alter Schäfermischlingshündin, die gern spazieren geht und Bälle apportiert. Mit anderen Hunden verträgt sich Shiela nicht gut. Wer schenkt ihr ein schönes Heim für ihren Lebensabend?



Ginella, ein ca. 4 Monate junges Katzenmädchen. Sie ist noch etwas schüchtern, aber das wird sich bald legen. Wer holt sie zu sich?



Shiro: ist ein ca. 6-jähriger Akita-Inu-Rüde, der aufgrund eines Todesfalles verwaist ist. Er hat einen sehr starken Charakter und sucht deshalb einen Platz bei hundeerfahrenen Menschen. Wer nimmt ihn auf?



Betty ist eine ca. 4-jährige, kastriert. Katzendame, die einen Platz mit Freigang sucht. Sie ist noch etwas zurückhaltend, aber das wird sich sicher noch legen.



Balu: ist ein ca. 21 Monate junger Schäfermischlingsrüde. Er ist ein aktiver, freundlicher Kerl der sich gut mit Hündinnen verträgt. Er sucht aktive Besitzer die ihn noch etwas erziehen. Wer nimmt ihn auf?



Ratten: Insgesamt 26 weibliche Ratten im Alter von 12-24 Monaten suchen ein neues Zuhause. Welche Rattenfans nehmen sie auf?

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!

1. So viele Meinungen über die Zukunft von Alt-Grottenhof bekommt man von vier ÖVP-Politikern. (S. 2)
2. Es darf nicht arm machen. (S. 4-5)
3. Eine Tiefgarage soll hier errichtet werden, wenn es nach Schwarz-Blau geht. (S. 6)
4. Eine smarte Mitfahrbörse stammt aus Graz. So heißt sie. (S. 8)
5. Seit April ist Stadtrat Robert Krotzer für es verantwortlich – und bringt es zu Ihnen vor Ort. (S. 10)
6. Mit Stolpersteinen gilt es, sie wachzuhalten. (S. 12)
7. Der Postschacher ist im schwarz-blauen Graz kein Relikt des letzten Jahrtausends. Wie es besetzt wurde, zeigt das deutlich. (S. 12)
8. Eine Regelung dämmt endlich den Wildwuchs bei ihm ein. (S. 17)
9. Sie hat in Österreich stattgefunden – aber nicht zum Guten. (S. 18)
10. Eine Grazer Traditionsbäckerei. (S. 20)
11. Bei ihnen kann man leicht sparen. Gabi und Gernot wissen wie. (S. 21)
12. Dank EU befindet sich nun auch Österreich auf ihm. (S. 22)
13. Er fehlt neuerdings in Webling. (S. 21)



Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17

Don Kosaken Morosoff

Traditionelle Lieder und Tänze der Kosaken

So., 19.11.2017 15:00 Uhr

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020

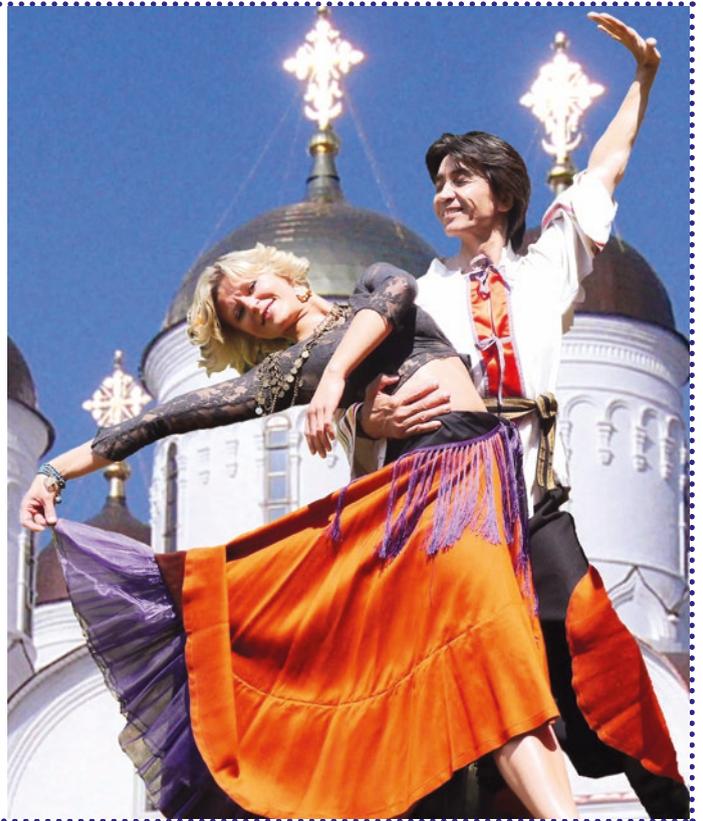
Möchten Sie mit uns auf eine musikalische Reise gehen?
In der russischen Trojka über das schneebedeckte Sibirien?
Möchten Sie eintauchen in die Welt der Kosakenlieder und Tänze?

Einen lustigen russischen Markt Anfang des 20. Jahrhunderts besuchen?

Dann: Herzlich Willkommen bei unserem Konzert

Info und Kartenbestellung unter Tel. 0650 4231788
Karten: 15 Euro Vorbestellung, 17 Euro Abendkasse

Eine Veranstaltung von Natalia Morosoff mit Unterstützung des Bildungsvereins der KPÖ.



Der Ball für alle.

Volkshaus Redoute

mit **KANAL 4**
Mitternachtseinlage mit „Karacho“

Eintritt: frei

Benefiz für Grazer Sozialeinrichtungen

27.1.2018

Samstag

20:00

Einlass: 19:00

Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, 8020 Graz

Reservierung: 0316 712479